

International gegen die Diktatur der Banken & Konzerne

Die Massenproteste gegen den G7/G8-Gipfel (Treffen der mächtigsten Industriestaaten und Russland), am 21. Juli im italienischen Genua markieren einen weiteren Höhepunkt der Anti-Globalisierungsbewegung, die in Seattle 1999 ihren Auftakt gefunden hatte. Mehr als 325 Organisationen, darunter auch die italienische Metallarbeitergewerkschaft, haben den Aufruf zur Mobilisierung nach Genua unterzeichnet.

Von Tanja Niemeier, Aachen

Bei Gipfeltreffen wie in Genua kommen Regierungschefs zusammen, um die uneingeschränkte Macht der Banken und Konzerne auf dem ganzen Planeten sicherzustellen. Sie fällen Entscheidungen, die Milliarden Menschen betreffen, aber den Interessen der großen Mehrheit dieser Milliarden von Menschen widersprechen.

GATS

Ein wichtiger Punkt auf dem diesjährigen G7/G8-Treffen wird die Diskussion über das Allgemeine Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (General Agreement on Trade in Services, kurz GATS) sein. Über dieses Abkommen wollen sich die Mächtigsten der Welt ihre Profitaussichten verbessern, denn letztendlich dient das Abkommen nur dazu, weltweit die weitere Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen durchzusetzen. Damit droht der Verkauf von Ämtern, Schulen, Unis oder Kliniken. Dies bedeutet Massenentlassungen, niedrigere Löhne, Flexibilisierung, Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und höhere Preise und Gebühren für Beschäftigte und NutzerInnen. Ein Beispiel:

Seit der Privatisierung der Deutschen Bahn wurden innerhalb von fünf Jahren 120.000 Arbeitsplätze vernichtet, Strecken stillgelegt und Bahnpreise drastisch erhöht.

Entschuldung der ex-kolonialen Welt

Auch das ist ein Thema der G8. Immerhin etwas vernünftiges – könnte man denken, denn schließlich ist die Streichung der Schulden der ex-kolonialen Welt eine der zentralen Forderungen der Anti-Globalisierungsbewegung. Guyana, eine ehemalige britische Kolonie, hat innerhalb von 12 Jahren 2,8 Milliarden Mark gezahlt, ohne dabei einen einzigen Pfennig Schulden abzutragen. Es sind Zinszahlungen in den Rachen der multinationalen Konzerne und Banken. Die Länder südlich der Sahara zahlen jeden Tag 42 Millionen US-Dollar, um ihre Schulden zu bedienen. In Afrika, wo nur die Hälfte aller Kinder zur Schule geht, zahlen die Regierungen viermal soviel Geld an Schuldentrückzahlungen an ihre Gläubiger in der industrialisierten Welt, als sie für Gesundheit und Bildung ausgeben. Im Prinzip ist der alte Kolonialismus ersetzt worden durch einen neuen Kolonialismus, der die ArbeiterInnen, Bauern und die Jugend nicht weniger knebelt und dafür sorgt, dass diese Länder erst gar keine Möglichkeit haben, sich zu entwickeln, sondern im Würgegriff der multinationalen Konzerne und Banken bleiben. Die insgesamt 2,5 Billionen Dollar Schulden sind mehr, als die unterentwickelten Länder jemals an Krediten erhalten haben.

Aufgrund des öffentlichen Drucks ist eine teilweise Erlassung der Schulden ver-

sprochen worden. Zum einen sind aber von den versprochenen 200 Milliarden Mark aber erst 18 Milliarden Mark tatsächlich erlassen worden, zum anderen ist wieder einmal deutlich geworden, dass es mit der „Großherzigkeit“ der Banken und Konzerne nicht weit her ist. Der IWF setzt den Ländern, denen Schulden erlassen werden sollen, die Pistole auf die Brust und stellt Forderungen, was am Beispiel von Tansania und Sambia deutlich wird. Unter dem Deckmantel der Schuldenstreichung zwang der IWF Tansania dazu, Schulgeld und Krankenhausgebühren einzuführen. In Sambia war der Schuldenerlass an die Privatisierung der staatlichen Kupferminen geknüpft. Die Folge: 50.000 Arbeitsplätze wurden vernichtet.

Überführung der Banken und Konzerne in Gemeineigentum

Das macht deutlich, dass die alleinige Forderung nach Streichung der Schulden das Problem von Armut und Elend nicht löst. Solange die vorherrschenden Machtstrukturen nicht aufgebrochen werden, wird es keine Freiheit und keinen Wohlstand für alle geben. Konzentration von Reichtum in den Händen weniger und Massenverelendung sind zwei Seiten derselben Medaille im Kapitalismus. Deshalb muss das Übel an der Wurzel gepackt werden: Die Banken und Konzerne müssen in Gemeineigentum überführt werden – unter der demokratischen Kontrolle und Verwaltung derjenigen, die den Reichtum erarbeitet haben. Das sind die ArbeiterInnen, armen Bauern und Jugendlichen weltweit. Mit der Kontrolle über die Produktion und die Finanzmittel und auf Basis einer demokratisch geplanten Wirtschaft haben wir die Möglichkeit, jedem Menschen auf dieser Welt ein menschenwürdiges Dasein zu garantieren. ■



Göteborg: Mitte Juni demonstrierten mehr als 20.000 gegen den EU-Gipfel – trotz massiver Einschüchterungsversuch der Polizei

Demo gegen den G7/G8-Auf nach Genua ^{21. Juli}

Hunderttausend Menschen werden in Genua gegen die Politik der Reichen und Mächtigen demonstrieren. Hafenarbeiter, Feuerwehrleute und die unabhängigen Gewerkschaften (Cobas) planen in Italien Streiks.

Die italienische Regierung will die Proteste unterdrücken – und hat schon angekündigt Militär einzusetzen. Doch je mehr kommen – umso machtloser ist letzten Endes ihre Macht.

weitere Infos:
☎ 030 - 247 238 02
oder 0221 - 830 638 1

Weltklimakonferenz in Bonn ^{15. - 27. Juli}

Gegen die Klimakiller!

Verheerende Stürme, wachsende Wüsten, steigender Meeresspiegel: Wenn wir den Konzernen und den ihnen ergebenden Regierungen den Schutz des Weltklimas überlassen, dann sind wir verlassen.

Deshalb: Kommt zu den Protesten anlässlich des Weltklimagipfels vom 15. bis 27. Juli in Bonn. Es sind täglich Gegenaktionen, eine Demonstration am 21. Juli und eine Abschlussaktion am 27. Juli geplant.

Staatlichen Repressionen entgegentreten

Nicht zuletzt die Polizeibrutalität bei den Protesten gegen den EU-Gipfel am 14.-16. Juni in Göteborg hat gezeigt, dass die Herrschenden bereits heute Angst davor haben, dass sich ArbeiterInnen und Jugendliche zusammenschließen, um ihre Zukunft selbst in die Hand zu nehmen. Auch Italiens rechtspopulistischer Regierungschef Berlusconi hat angekündigt, mit voller Härte gegen die DemonstrantInnen vorzugehen und in diesem Zusammenhang den fast 700.000 EinwohnerInnen Genuas nahegelegt, die Stadt während des G8-Gipfels für eine Woche zu verlassen. Auch Soldaten sollen befugt werden, die Demonstrationen anzugreifen.

Aber den Herrschenden kann Einhalt geboten werden, wenn sich ihnen eine entschlossene Massenbewegung auf der Straße entgegenstellt. Diese Erfahrung musste Berlusconi bereits 1994 machen, als er aufgrund großer Streikmaßnahmen gegen seine Rentenreform zurücktreten musste. Der beste Schutz gegen Polizeibrutalität ist Massenmobilisierung – in den Schulen und Universitäten, in den Betrieben und Gewerkschaften. Deshalb ist es notwendig, bundesweit und europaweit Druck zu machen auf DGB und EGB (Europäischer Gewerkschaftsbund), damit sie die Mobilisierung für die internationalen antikapitalistischen Proteste intensivieren.

Die SAV beteiligt sich aktiv am Aufbau der internationalen antikapitalistischen Bewegung.

Die SAV unterstützt auch die bundesweite Jugendkampagne „Widerstand international – gegen die Diktatur der Banken und Konzerne“, die zu den Demos gegen die Institutionen des Kapitals mobilisiert und sich mit vielfältigen Aktionen

ENERGIEPOLITIK

Programm gegen die Klima-Katastrophe

Seite 3

LÖHNE

Nachschlagsforderungen

Seite 4

GLOBALISIERUNG

Aufgaben der antikapitalistischen Bewegung

Seite 6-7

EU-GIPFEL

Polizeigewalt in Göteborg

Seite 11

Vor 40 Jahren: Bau der Berliner Mauer

Was hat der Berliner Wahlkampf mit dem Mauerbau zu tun?

1961 wurde als Abgrenzung zum Westen vom SED-Regime in Berlin die Mauer errichtet. Hunderttausende Menschen waren zuvor aus der DDR geflüchtet, nachdem deutlich wurde, mit welchen Mitteln sich die Bürokratie des stalinistischen Regimes an der Macht hielt.

Schon damals wurde diese Tatsache von pro-kapitalistischen Kräften gebraucht, um die Idee des Sozialismus als undemokratisches und menschenverachtendes System zu diffamieren.

Bürgerliche Heuchelei

Sie prangerten heuchlerisch ein Regime an, das die Reisefreiheit einschränkte. Mit dem Wiederaufkommen der Massenarbeitslosigkeit in Westeuropa in den siebziger und achtziger Jahren jedoch verstärkten auch die Regierungen im Westen Visa-Kontrollen und begrenzten die Einreisemöglichkeiten in westeuropäische Staaten. Im Fall von Österreich war diese Heuchelei am Ende der 80er Jahre ganz offensichtlich: Nachdem auf ungarischer und tschechischer Seite die gemeinsamen Grenzen geöffnet wurden, zog Österreich eigene Grenztruppen hoch.

Ganz zu schweigen davon, dass auch schon damals die Rechte von Flüchtlingen aus den unterentwickelten Ländern seitens des Westens mit Füßen getreten wurden.

11 Jahre nach der Revolution 1989 wird der Fall der Mauer als Sieg des Kapitalismus dargestellt. Aber es war nicht der Westen, der das erreichte. Sondern die Bevölkerung der DDR, die damals auf der Straße ging, um für eine demokratische Kontrolle über die Produktionsmittel und für Reisefreiheit zu demonstrieren. Nur dadurch konnte die Mauer, und mit ihr der Stalinismus, gestürzt werden.

Durch das Fehlen einer starken revolutionären sozialistischen Organisation konnten liberale Intellektuelle und Kirchenleute seinerzeit die Führung übernehmen und somit die Bewegung bremsen und letztlich in andere Bahnen lenken. Daraufhin erfolgte die Restaurierung des Kapitalismus nicht nur in Deutschland, sondern in allen Ostblockstaaten. Seitdem zieht sich diese geschichtsfälschende Propaganda wie ein roter Faden durch die kapitalistischen Medien.

Ebenso wie behauptet wird, dass die 89er Bewegung zur Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten zum Ziel gehabt hätte, wird durch die Medien das Bild erzeugt, nur im Stalinismus wären

Menschenrechtsverletzungen an der Tagesordnung gewesen – im Gegensatz zu den kapitalistischen Staaten. Doch auch in 120 marktwirtschaftlichen Staaten finden heute nach Amnesty International Menschenrechtsverletzungen statt.

Ablenkung

Seit dem Scheitern der Großen Koalition in Berlin ist der Fall der Mauer (schon zwei Monate vor seinem eigentlichen Jahrestag) landauf landab Thema in den Medien und bei Politikersprachen. Warum? Schlicht und ergreifend, weil alle etablierten Parteien im Wahlkampf von ihrer arbeiterfeindlichen Politik ablenken wollen. Ihnen geht es darum abzulenken davon, dass die Menschen nach der Wiedervereinigung nicht die versprochenen „blühenden Landschaften“ vorfinden, sondern dass sie die Zerschlagung der ostdeutschen Industrie und damit die Vernichtung der Lebensgrundlage vieler erwartete. Sie sahen sich innerhalb weniger Jahre Arbeitslosigkeit, Armut, und zunehmendem Rechtsextremismus gegenüber.

PDS

Außerdem wird versucht, wie zuletzt in der Talkshow von Sabine Christiansen, die PDS mit der SED und die SED mit Sozialismus gleichzusetzen. Doch ein System, in dem zwar die Produktionsmittel verstaatlicht und die Wirtschaft geplant ist, das aber jeglicher demokratischer Grundlage entbehrt, kann niemals sozialistisch sein.

Durch Äußerungen der PDS wie „Der Kampf um hohe Ziele in der DDR ging damit einher, dass Menschenrechte verletzt, ja außer Kraft gesetzt wurden“ (Berliner Erklärung zu den drohten Neuwahlen) wird deutlich, dass die PDS-Spitze keine klare Analyse vom stalinistischen System der DDR vornimmt und sich nicht entschieden von der damaligen herrschenden Bürokratie distanzieren.

Während die Parteiführung der PDS auf eine Regierungsbeteiligung aus ist und einer Politik im Interesse des Kapitals nichts entgegengesetzt, erkennen immer mehr Menschen – in Ost und West – heute, am Beginn einer erneuten Wirtschaftskrise, dass der Kapitalismus nicht in der Lage ist allen ein lebenswertes Leben zu ermöglichen.

Natalie Oswald und Ines Erdmann,
Berlin

Berlin zu Grunde gerichtet

A. Fugmann-Heesing, SPD P. Strieder, SPD K. Landowsky, CDU E. Diepjen, CDU



10 Jahre hat die Große Koalition abgezockt, Unternehmer beschenkt und Vetternwirtschaft betrieben. Jetzt werden sie auch noch belohnt:

Diepjen erhält drei Monate sein volles Gehalt von 23.600 Mark weiter, danach ein Ruhegehalt von 180.000 Mark im Jahr. Landowsky bringt es sogar auf eine Pension von insgesamt 700.000 Mark. Strieder ist weiter im Amt. Fugmann-Heesing soll zurückgeholt werden

unser standpunkt

Berliner Finanzkrise

Die Krise hat System

Zum ersten Mal seit der Wiedervereinigung finden in Berlin vorgezogene Neuwahlen statt. Klaus Wowereit von der SPD präsentiert sich als der neue Mann, der gemeinsam mit den Grünen und möglicherweise mit der PDS die Stadt retten wird. Doch auch er ist ein Vertreter der harten Kürzungspolitik, die unter dem CDU/SPD-Senat in den letzten zehn Jahren betrieben wurde. Schon 1996 hatte er mit Annette Fugmann-Heesing zusammengearbeitet, die als Finanzsenatorin das damals größte Kürzungspaket schnürte. Was nach den Neuwahlen auf uns zukommt, wird dieses Sparpaket mit Sicherheit weit in den Schatten stellen. Egal, welche Regierungskoalition gebildet wird. Auch wenn wir nie das ganze Ausmaß der Korruption und der Sellschaften im Berliner Filz zu sehen bekommen werden, eines ist deutlich geworden: Die Politiker der etablierten Parteien vertreten die Interessen der Bosse und nicht die der ArbeiterInnen und Jugendlichen.

Berlin steckt mit 70 Milliarden Mark in den roten Zahlen. Die Pro-Kopf-Verschuldung ist doppelt so hoch wie die Verschuldung aller anderen Länder und Gemeinden im Durchschnitt. Der Grund: Nach der kapitalistischen Vereinigung wurden im Ostteil der Stadt zwei Drittel aller Industrie- und Dienstleistungsarbeitsplätze abgebaut. Dazu kommt, dass die industrielle Basis in West-Berlin im Vergleich zu anderen Großstädten bereits besonders schwach war. Heute beträgt das Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt in Hamburg das Doppelte, in München das dreifache von dem in Berlin. Außerdem schlägt der Wegfall der Subventionen für West-Berlin zu Buche.

In Gesamtberlin wurde im öffentlichen Dienst in den 90er Jahren ein Viertel aller Stellen gestrichen. Heute sind in Ost- und West-Berlin offiziell 15 Prozent arbeitslos.

Berlin steckt in einem Teufelskreis. Die Massenarbeitslosigkeit führt zu Steuerausfällen. Die Steuerausfälle und die Prestigebauten der Herrschenden führen zur Schuldexplosion. Die Schuldexplosion führt zu weiterem Arbeitsplatzabbau, und damit zu weiteren Steuerausfällen usw. usf. Die Krise ist nicht wegen Unfähigkeit entstanden, sondern hat System. Das System heißt Kapitalismus.

Dieses System wird immer schwarzer. Das Kapital drängt verstärkt auf die Plünderung öffentlichen Eigentums, weil es nicht genug profitable Anlagemöglichkeiten in der Produktion findet. In Berlin wurde die Strom- und Gasversorgung, die Wasserbetriebe und Wohnungsbaugesellschaften schon ganz oder teilweise privatisiert.

Viele Konzerne haben in den letzten Jahren mit ihrem Geld lieber an der Börse spekuliert, denn dort waren riesige Profite zu machen. Doch dadurch hat sich der Aktienmarkt immer weiter von der realen Produktion abgehoben und sich eine riesige Finanzblase aufgebläht. Doch dieser Aktienboom kann auf Dauer nicht die Realwirtschaft ersetzen. Gerade Berlin wurde von Politikern immer als Dienstleistungsstadt gepriesen. Unternehmen der so genannten New Economy sollten die Industrie ersetzen, doch

gerade in diesem Bereich nehmen die Firmenpleiten zu.

Im Zuge des weltweit beginnenden Wirtschaftsschwungs wird sich die kapitalistische Krise weiter verschärfen. Die Kommunen sind davon doppelt betroffen. Zum einen steigen die Ausgaben im Zuge von Armut und Arbeitslosigkeit. Die Ausgaben für Sozialhilfe müssen von den Kommunen aufgebracht werden. Zum anderen sinken die Einnahmen. Dabei ist die finanzielle und soziale Situation der Kommunen bundesweit schon heute dramatisch. Berlin ist nur die Spitze vom Eisberg beziehungsweise Schuldenberg.

Die Krise der öffentlichen Haushalte ist in Berlin und in allen anderen Städten eine Krise der kapitalistischen Wirtschaft. Auch wenn es dem gesunden Menschenverstand widerspricht, liegt es in der Logik des Marktes, dass es auf der einen Seite Massenarbeitslosigkeit gibt, während auf der anderen Seite große gesellschaftliche Bedürfnisse bestehen. Obwohl in (West-)Berlin Tausende von Wohnungen fehlen, haben in der Stadt allein 1997 mehr als 10.000 Bauarbeiter ihre Arbeit verloren. An den Berliner Schulen fallen jede Woche 15.000 Überstunden an. Dafür könnten 600 Lehrkräfte eingestellt werden.

Mit den Neuwahlen wird sich in Berlin nicht viel ändern, egal ob unter einem CDU- oder SPD-Bürgermeister. Egal, ob die PDS eine Wowereit-Regierung toleriert oder Gysi sogar Senat wird. In Berlin hat die PDS bereits in den letzten Jahren nicht ihre Basis gegen Sozialabbau, Betriebschließungen oder Neozins mobilisiert. Stattdessen hat sie in Bezirken, in den sie Posten hatte, Sozialabbau mitgetragen. Da die PDS-Spitze mit dem kapitalistischen System ihren Frieden geschlossen hat, und um jeden Preis in die Regierung möchte, ist es nur logisch, dass sich die PDS ebenfalls auf die Logik des Marktes einlässt – mit aller Konsequenz: „Statt Luftschlösser zu bauen, müssten wir hart-rote Einschnitte mittragen. Die PDS wäre in einem rot-roten Senat dafür zuständig, dass die Menschen – selbst wenn sie unter Sparmaßnahmen leiden – das Gefühl haben: Zumindest geht's dabei gerecht zu“ (Gysi im Berliner Tagesspiegel, 17.6.01).

Die SAV kämpft auf kommunaler Ebene für Gewerbesteuererhöhungen, für die sofortige Einstellung der Zinszahlungen an die Banken (die in Berlin täglich 11,2 Millionen Mark kassieren), für öffentliche Investitionsprogramme in den Bereichen Nahverkehr, Bildung, Wohnen, Gesundheitswesen und für bedarfsgerechte Haushalte, finanziert aus den Gewinnen und Vermögen der Reichen. Die Krise ist im Rahmen des Kapitalismus aber nicht lösbar. Darum verbindet die SAV den Kampf für diese Forderungen mit dem Kampf für eine grundsätzliche Alternative zum Kapitalismus. Darum tritt die SAV für eine sozialistische Gesellschaft ein, in der nicht die Profite einer kleinen Minderheit, sondern die Bedürfnisse der Mehrheit ausschlaggebend sind. ■

Gentechnik

Gen-Profit im Schatten der Gen-ethischen Debatte

Schröder ist dafür, Clement nimmt die Dinge in die Hand und importiert embryonale Stammzellen aus Israel; andere führen – merkwürdig vereint – eine „ethische Diskussion“: Gegner von Schwangerschaftsabbrüchen und grüne Politiker sehen die Würde des ungeborenen Lebens verletzt. Nur über die wahren Motive der Gen-Forschung spricht niemand: Profite.

Von Stephan Kimmerle und Wolfram Klein, Stuttgart

Nach dem bisherigen Verlauf der „ethischen“ Debatte geht es darum, ob es embryonale oder an adulten (von Erwachsenen stammenden) Stammzellen geforscht werden darf. Zweiteres ist bisher schon in Deutschland erlaubt, wird auch zum Beispiel von Grünen nicht in Frage gestellt, ist aber bei den Forschungsergebnissen nicht so effektiv.

PID = Präimplantationsdiagnostik

Viel ist dabei zur Zeit die Rede von der PID, einer Form von pränataler (vorgeburtlicher) Diagnostik. Sie kann bei Embryonen, die im Reagenzglas aus einer Verschmelzung von Ei- und Samenzelle hervorgegangen sind (einer sogenannten In-vitro-Fertilisation), vor ihrer Einnistung in der Gebärmutter durchgeführt werden. Ihr Ergebnis ist die Feststellung „genetischer Erkrankungen“, das heißt Abweichungen. Sie ermöglicht die Selektion (Auslese) der Embryonen.

Dabei geht es nicht in erster Linie um eine Entscheidungshilfe für die Frau, sondern um einen Vorwand für die Erzeugung von Embryonen zu Forschungszwecken: „Die weltweiten Erfahrungen mit der PID belegen der Größenordnung nach (mit Dunkelziffern ist zu rechnen), dass dabei aus 6.465 künstlich erzeugten Embryonen 123 Kinder auf die Welt kamen.“ Die beteiligten Wissenschaftler schaffen

sich damit „nebenbei mehrere tausend menschliche Embryonen“ für die Forschung. (beides aus: FAZ, 1.6.01)

Schering-Vorstand Stock dazu: „Ich glaube, dass die Stammzellenforschung ein ganz wichtiger Zweig der Forschung ist. Ich glaube wir sollten uns wirklich dreimal überlegen, ob wir Verbote für die Forschung aussprechen wollen.“ Auch Schröder will deshalb, dass „Scheuklappen“ abgelegt werden. (FAZ, 1.6.01)

Immer wieder geben die Konzerne der Gen-beziehungsweise Biotechnik vor, der Menschheit neue Fortschritte zu präsentieren. Gentechnisch veränderte Saat sollte den Welthunger beseitigen. Heraus kam ein Programm zur Vernichtung der Saaten-Vielzahl, der Ausrichtung der Saat auf bestimmte Herbizide (Schädlingsbekämpfungsmittel) mit katastrophalen Auswirkungen auf die Umwelt und eine wachsende Macht von Konzernen wie Monsanto oder Novartis gegenüber zum Beispiel BauernInnen der 3.Welt“.

Jetzt geht es angeblich um die Bekämpfung von Krankheiten im Dienste der Menschheit. Hier argumentieren die gleichen Konzerne, die mit einer Klage ihre Patentrechte gegen die Süd-Afrikanische Regierung durchsetzen wollten, die kostengünstige AIDS-Medikamente einsetzte.

Politische Ökonomie der Gentechnik

Besonders reizvoll an der Gen-technischen Forschung ist für die Konzerne die Jagd nach Patenten. Auf den neuen Forschungsfeldern sollen jetzt „claims“ abgesteckt werden – und es herrscht Goldgräberstimmung: Das Europäische Patentamt hat laut Greenpeace seit 1990 mehr als 6.700 Patent-Anmeldungen auf Gene von Menschen und Tieren erhalten und 861 davon vergeben. (FR, 21.6.01)

Wir leben im Zeitalter des Monopolkapitalismus und Patente sind eine nicht nur legale, sondern auch gesetzlich geschützte Form des Monopols. Die Mo-

nopole erlangen im Zeitalter des „Shareholder Value“ noch größere Bedeutung, weil der Aktienwert (neben der Zinshöhe) durch die Profiterwartungen bestimmt wird. Also bedeutet ein Profit, der wegen Monopolstellung (zum Beispiel aufgrund von Patenten) das Doppelte des Durchschnittsprofits beträgt auch doppelten Börsenwert (der Kurs/Preis schwankt letztendlich um diesen Wert). Das heißt verdoppelte Möglichkeiten, sich Kapital durch Aktienemission zu beschaffen, andere Firmen zu kaufen, sich vor feindlichen Übernahmen zu schützen usw. Das ist ein Hauptgrund für die Gier der Kapitalisten nach Gentechnologie und den dort winkenden Patenten. (Ein bekanntes Beispiel der Auswirkungen von Patenten im medizinischen Bereich ist der Pharmakonzern Pfizer, der zu seinen Hochzeiten nach Börsenwert der zehntgrößte Konzern weltweit war. Grund: seine Patente, zum Beispiel für Viagra.)

Mit der jetzigen Gen-ethischen Debatte geht es darum Kritiker, die veröffentlichte Meinung und Stimmung einzubinden und so eine Akzeptanz dieser „modernen“ Technologien zu erzielen.

In einem Punkt haben die Bio- und Gentechnik-Konzerne recht: Es geht hier um sehr viel. Wenn überhaupt solche Forschung betrieben werden soll, dann unter demokratischer Kontrolle durch WissenschaftlerInnen, VertreterInnen der Allgemeinheit und Umweltschutzgruppen. Die Ergebnisse der Forschung dürfen zu keinerlei profitorientierten Verfahren genutzt werden. Nur in einer internationalen, demokratisch geplanten Wirtschaft ohne Profitgier und Konzernmacht kann dies sicher gestellt werden.

Sonst führt die Profitlogik über menschliche und andere Gene zu unumkehrbaren Auswirkungen: Wissen und Macht über Leben soll privatisiert und Wertungsinteressen untergeordnet werden.

Doch dagegen gibt es internationalen Widerstand: indische BäuerInnen, die brasilianische Landlosenbewegung und AktivistInnen in Deutschland kämpfen gegen Pharmakonzerne wie Monsanto, Novartis, Schering & Co. – gegen „Frankenfood“ und Frankenstein, aber vor allem gegen die vorher genannten Frankenstein-Konzerne. ■



Die NOVARTIS AG zählte mit 20,4 Milliarden Dollar letztes Jahr zu den 100 umsatzstärksten Unternehmen der Welt. Der Gewinn nach Steuern betrug 4,2 Milliarden Dollar, die Nettoumsatzrendite 20, 5 Prozent MONSANTO setzte 1998 8,6 Milliarden Dollar um. Das Unternehmen macht die Hälfte seines Umsatzes mit Gen-Saaten, Pflanzenschutzmitteln und Agrarchemieprodukten

Energiepolitik

Klima-Katastrophe ist vermeidbar

Die US-Regierung selber hat einen Expertenbericht über die Entwicklung des Weltklimas in Auftrag gegeben. Die Wissenschaftler kamen zu folgendem Ergebnis: Die Temperatur auf der Erdoberfläche ist im 20. Jahrhundert um 0,6 Grad Celsius gestiegen. Das Tempo der Erwärmung hat in den letzten 20 Jahren zugenommen. Bis zum Ende des 21. Jahrhunderts muss mit einem Temperaturanstieg zwischen 1,4 und 5,8 Grad Celsius gerechnet werden.

Trotzdem lehnt die US-Regierung das Kyoto-Abkommen über die Reduzierung des Klimakillers Kohlendioxid ab. Aber auch die anderen Industrielande halten sich nicht einmal an ihr selbst gestecktes Ziel von 5 Prozent.

Nach Meinung von Umweltschützern ist aber eine Senkung des Kohlendioxidausstoßes um 60 Prozent nötig, um die Klimakatastrophe zu vermeiden.

Kaum ein anderes Thema zeigt den Irrsinn des Kapitalismus drastischer als die Bedrohung des Weltklimas. Aber was ist die Alternative?

Von Martin Löber, Köln

Klar ist, der Ausweg liegt in dem umfassenden Einsatz erneuerbarer Energien. Aber würden die Energie aus Sonne, Wind, Wasser, Erd-

schöpflich, weil die Energie ständig von der Natur nachgeliefert wird. Diese erneuerbaren, regenerativen Energien verursachen in ihrem Betrieb keine Umweltschäden und schicken auch keine Rechnung.

Die Energieströme aus regenerativen Quellen entsprechen etwa dem 3.000-fachen des derzeitigen jährlichen Weltenergieverbrauchs. Die nach dem heutigen Stand der Technik daraus zu gewinnende Energie in Form von Strom, Wärme und chemischen Energieträgern (zum Beispiel Wasserstoff), übertreffen den heutigen Weltenergiebedarf um mindestens das 3-fache. Das belegt, dass selbst bei einer momentan noch wachsenden Weltbevölkerung prinzipiell ausreichend regenerative Energie zur Verfügung steht, ohne Unmengen CO₂ in die Atmosphäre zu pumpen oder auf Kernenergie zu setzen. Aber ist es auch möglich den Lebensstandard aller sechs Milliarden Menschen auch noch zu erhöhen, gestützt nur auf regenerative Energien?

Energie sparen

Auch das geht, aber nur wenn drastisch Energie gespart wird.

Der Großteil der Energie wird in Deutschland für Verkehr, Heizung und Industrie verbraucht. Es ist an dieser Stelle gar nicht möglich alle Energiepotenziale aufzuzählen, die tatsächlich bestehen.

haben, wenn mehr Heizenergie von ihnen gekauft werden muss.

→ Verkehr

Der Transport von Gütern per Bahn verbraucht wesentlich weniger Energie als per LKW. Die Fahrt mit Bus und Bahn verbraucht im Durchschnitt viel weniger Energie als die Fahrt mit dem Auto. Aber zu Gunsten von Erdöl- und Autokonzernen wird heute der Pkw- und LKW-Transport von Personen und Gütern durch die Regierung bevorzugt. Eine Umstellung des gesamten Verkehrssystems zu Gunsten von Bus und Bahn würde den Energieverbrauch drastisch schrumpfen lassen.

Heute werden Güter über Hunderte und Tausende von Kilometern hin- und her transportiert, meist um Lohnunterschiede an den verschiedenen Produktionsstandorten auszunutzen. Statt dessen sollten Produktion und Transport so verbrauchsnah wie möglich organisiert werden. Wir brauchen keinen Fruchtojoghurt, dessen einzelne Bestandteile quer durch Deutschland fahren, um in einer Fabrik zusammengesetzt zu werden und anschließend den gleichen Weg wieder zurück antreten. Wir brauchen keine T-Shirts, die im Laufe ihrer Herstellung einmal um den Globus transportiert worden sind.

→ Landwirtschaft

Im landwirtschaftlichen Bereich wird auf Monokulturen gesetzt mit der Folge, dass ein gewaltiger Energiebedarf für Düngemittel und Pestizid-Herstellung benötigt wird.

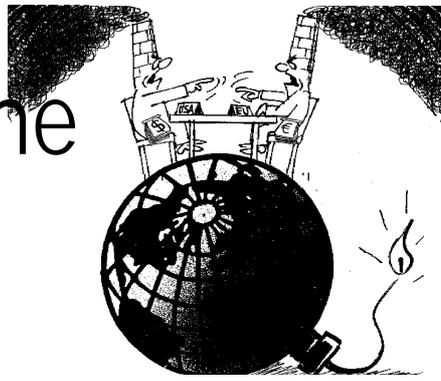
Die Brandrodung der Regenwälder trägt mit bis zu 30 Prozent zum weltweiten Kohlendioxid-ausstoß bei.

→ Industrie

Bei der konventionellen Stromerzeugung in Kohle-, Öl- und Gaskraftwerken gehen 60 bis 70 Prozent der eingesetzten Energie ungenutzt als Abwärme verloren. Ein großer Teil dieser Abwärme könnte als Fernwärme zur Gebäudeheizung benutzt werden (Kraft-Wärme-Kopplung). Dazu müssten kleinere, dezentrale Kraftwerke gebaut werden. Die Stromindustrie lehnt das ab.

Unsere Alternativen

- Umfassende Nutzung erneuerbarer Energien aus Sonne, Wind, Wasser, Biomasse usw.
- Für ein öffentliches Investitionsprogramm zur Energieeinsparung und Reduzierung der Kohlendioxid-Emissionen durch Wärmedämmung, Erneuerung von Heizungsanlagen, Wärmerückgewinnung, Kraft-Wärme-Kopplung
- Ausbau des Schienen- und Busnetzes, um den Autoverkehr einzuschränken. Öffentlicher Nahverkehr zum Nulltarif
- Güterverkehr auf die Schiene
- Arbeitsplätze in Wohnortnähe statt Energie- und Zeitverschwendung für Pendler
- Einsatz von Forschungsmitteln zwecks Ausbau und Entwicklung erneuerbarer Energiequellen
- Sofortige Stilllegung aller Atomkraftwerke, Ersatzarbeitsplätze für die Beschäftigten
- Nein zur Energiemarktliberalisierung. Stattdessen Aufstellung eines umweltfreundlichen, gesamtgesellschaftlichen Energieplans. Ziel ist eine dezentrale Energieerzeugung und -versorgung bei überregionaler Planung
- Enteignung aller am Energie- und Atomgeschäft beteiligten Konzerne und Überführung in Gemeineigentum
- Schluss mit überbezahlten Managern in Energieversorgungsunternehmen (EVU)
- Demokratische Kontrolle und Verwaltung der EVUs und des gesamten Energiesektors durch die arbeitende Bevölkerung. Demokratische Wahl und jederzeitige Abwählbarkeit aller Personen in Leitungsfunktionen. Funktionäre dürfen nicht mehr verdienen als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn



Ihr da oben ...



Weltökonom

Die Konjunkturprognosen der Wirtschaftswissenschaftler haben derzeit die Treffsicherheit einer Wahrsagerin auf dem Jahrmarkt. Sind die Ökonomen hierzu zu dumm? Die Wochenzeitung Die Zeit hat eine richtige Koryphäe befragt. „Rudi Dornbusch gehört zu den bekanntesten Wirtschaftswissenschaftlern auf dem Globus“ heißt es einleitend. Dann wird der „Weltökonom“ gefragt, ob die amerikanische Konjunktur abschmiert. Antwort Rudi Dornbusch: „Die schlimmsten Nachrichten sind jetzt schon durch. In einigen Wochen werden wir darüber reden, wie tief die Delle war und wie schnell wir da wieder herausgekommen sind.“ Das Interview erschien vor einem halben Jahr (Die Zeit, 11. Januar 2001).

Einige Wochen sind seit dem vergangen aber mit der US- und Weltkonjunktur sieht es gar nicht rosig aus. Das hindert Wirtschaftsweisen und „Weltökonom“ allerdings nicht daran, neue Prognosen zu verkünden – aber die Wahrsagerin auf dem Jahrmarkt gibt es ja auch immer noch.

Privat vom Staat

Während die (noch staatliche) Bahn Strecken stilllegt, nehmen private Bahnbetreiber alte Nebenstrecken wieder in Betrieb. „Die Privaten können es doch besser“ schlussfolgert das so mancher.

Das Beispiel der „euregio-bahn“ im Kreis Aachen zeigt wie es wirklich läuft. Hier werden Nebenstrecken wieder instand gesetzt. Unter anderem werden 27 neue Haltepunkte eingerichtet. Das kostet 400 Millionen Mark. Die Zahl aber zu 90 Prozent das Land. (Kölner Stadtanzeiger, 19.5.01)

Wie Privatbahn muss, wenn alles fertig ist, nur noch die Hand aufhalten.

Stuttgart 21

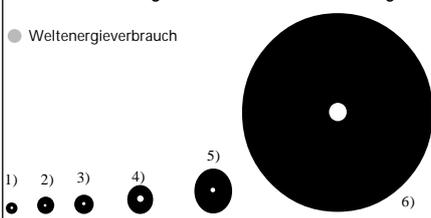
Während die geplanten Kosten von Stuttgart 21 von 5 auf 8 Milliarden Mark angehoben werden, soll in jede Kindertagesstättengruppe ein Kind mehr gesteckt werden, bei gleichbleibendem Personal. Stuttgart 21 soll den Standort Stuttgart/Baden-Württemberg attraktiver machen – für Unternehmen. Der Hauptbahnhof wird unter die Erde gelegt, der ICE-Fernverkehr für Manager verbessert, die Bahn als Verkehrsmittel in der Fläche wird einem Flughafen-zubringer geopfert.

Wir schlagen vor, das Projekt Prestige-Tunnel 21 zu begraben, und die 8 Milliarden in Kindertagesstätten und die Bahn als Verkehrsmittel in der Fläche zu investieren, um den Standort Stuttgart/Baden-Württemberg attraktiver zu machen – für Kinder, Jugendliche und Otto-Normalreisende.



... wir hier unten

Natürliches Angebot erneuerbarer Energien



1) Wasser; 2) Meereswärme und Wellenenergie; 3) Erdwärme; 4) Biomasse; 5) Wind; 6) Solarstrahlung auf Kontinente

Das natürliche Angebot der erneuerbaren Energien (schwarze Flächen) ist außerordentlich groß. Die daraus technisch gewinnbaren Energiemengen in Form von Strom, Wärme und chemischen Energieträgern (weißer Punkt in der Mitte) übertreffen den derzeitigen Weltenergieverbrauch (grauer Kreis oben) um das

warme ausreichen, um den jetzigen Weltenergiebedarf zu decken? Könnte der Lebensstandard weltweit allein durch den Einsatz erneuerbarer Energien sogar für alle gehoben werden? Wie könnte eine radikale Umkehr in der Energiepolitik erreicht werden?

Gehen wir mit der Profitwirtschaft unter...

Fast 90 Prozent der Weltenergieversorgung basiert auf der Verbrennung fossiler Energieträger (Öl, Steinkohle, Braunkohle, Erdgas). Dadurch werden jährlich etwa 22 Milliarden Tonnen CO₂ in die Atmosphäre ausgestoßen und heizen unserem Klima ein. 7 Prozent des Weltenergiebedarfs stammen aus der „friedlichen“ Nutzung der Kernenergie, deren Folgen aber fürchterlich sein können (siehe Tschernobyl). Erneuerbare Energien tragen lediglich zu 4,2 Prozent bei.

... oder geht für uns die Sonne auf?

Die erneuerbaren Energien stammen letztendlich aus drei Quellen: Sonne, Erdwärme und Ausnutzung von Ebbe und Flut (Gezeitenkraftwerke).

Diese Quellen sind nach menschlichem Ermessen uner-

Deshalb einige Beispiele:

→ Heizung

Im Bereich von Gebäuden kann durch gute und durchdachte Wärmeisolierung massiv an Heizenergie gespart werden. So genannte Passivhäuser sind so gut wärmege-dämmt, dass sie kein eigenes Heizungssystem mehr benötigen, jedes in Zukunft neu zu bauende Gebäude könnte so errichtet werden. Auch schon bestehende Gebäude können durch nachträgliche gründliche Dämmung und Sanierung im Durchschnitt 75 Prozent der Heizenergie einsparen. Sparen können wir uns eine kapitalistische Bauindustrie, die mehr davon hat, bei ihren herkömmlichen Materialien und Methoden zu bleiben und Energiekonzerne, die mehr davon

Methode	Ausnutzung der hingesteckten Energie	Produkt	% des BRD-Energiebedarfs	Ort der Erzeugung	Energiequelle
Fotovoltaik	4,8- bis 21-fach	Strom	25	südl. Dächer und Fassaden	Sonne
Sonnenkollektoren	10- bis 20-fach	Wärme	45	südl. Dächer und Fassaden	Sonne
Wind	11- bis 93-fach	Strom	60	Meer, Land	Luft
Wasser		Strom	5	Gewässer	Wasser
Biomasse		Wärme, Strom	5	organische Abfälle, Energiepflanzen	Bakterien
Wärmepumpen	4-fach	Wärme	15	Erde, Wasser, Luft	Sonne
Geothermie		Strom, Wärme	20-30	tiefe Erdschichten	Erdwärme
Gezeiten		Strom		Küsten mit Ebbe und Flut	Bewegung Erde Mond

Quellen: ¹ TV Berlin Institut für elektrische Energietechnik; ² Energieagentur NRW Solarthermie + Fotovoltaik; ³ Erneuerbare Energien und Nachhaltige Entwicklung, Umweltministerium; ⁴ Wärmepumpen Marktplatz NRW Zukunftsenrgien NRW

Lohnnachschatz Wie können wir erfolgreich für höhere Löhne kämpfen?

Der Streik der Lufthansa-Piloten hat unter ArbeiterInnen Diskussionen entfacht, wie eine Erhöhung der monatlichen Bruttolöhne trotz bindender Tarifverträge erreicht werden können.

Von Torsten Sting, Rostock

Im Jahre 1969 stand die Arbeiterklasse Westdeutschlands vor ähnlichen Problemen. Die Gewerkschaftsführung befand sich damals wie heute in einem Bündnis mit Regierung und Unternehmern. Damals nannte man es nur nicht „Bündnis für Arbeit“, sondern „Konzertierte Aktion“. In der Rezession 1966/67 entstanden, wurden darüber die ArbeiterInnen zum Verzicht gezwungen. Über so genannte „Lohnleitlinien“ wurde ein Verteilungsspielraum vorgegeben, der nicht überschritten werden durfte. Die Gewerkschaftsvorstände sorgten durch massiven Druck dafür, dass dies auch umgesetzt wurde. Nach der Krise waren die Beschäftigten mit sinkender Kaufkraft durch stagnierende Löhne konfrontiert. Mit dem Jahr 1968 setzte der Aufschwung ein. Im ersten Halbjahr des Jahres 1969 schnellte die Industrieproduktion um 14,8 Prozent nach oben. Die Nettogewinne der Konzerne stiegen um rasant 24,6 Prozent! Statt Kurzarbeit waren nun massiv Überstunden angesagt. In dieser Situation wendete sich die Stimmung in den Betrieben. Durch den Boom gewannen die Arbeiter-

Innen rasch an Selbstbewusstsein. Es entwickelte sich eine Stimmung, dass man sich nun ein großes Stück vom Kuchen erkämpfen müsse. Sie wollten sich ihren Teil zurückholen, den sie in der Krise eingeübt hatten. Nun rächte es sich, dass die Gewerkschaften lange Laufzeiten für die Tarifverträge abgeschlossen hatten. Für die Stahlindustrie hätten erst Ende des Jahres 1969 wieder Verhandlungen anstanden. Weil in dieser Zeit nicht gestreikt werden durfte, war es auf legalem Wege nicht möglich, flächendeckenden Druck auf die Kapitalisten auszuüben – ausgerechnet in jenem Moment, wo bei Hochkonjunktur die ideale Ausgangssituation gegeben war.

Wut und Kampf

In dieser Situation, die am zugespitztesten in der Stahlindustrie vorherrschte, genügte ein Tropfen, um das Fass zum Überlaufen zu bringen. Den Anfang machte ein Dortmunder Stahlbetrieb des Hoesch-Konzerns. Nachdem betriebliche Verhandlungen scheiterten, traten die KollegInnen in den Streik. Schnell wurden die Arbeiter der anderen Hoesch-Fabriken davon informiert und schlossen sich an. Es gelang, die Streikbewegung auf andere Betriebe außerhalb des Ruhrgebiets auszuweiten. Binnen weniger Tage waren Belegschaften von industriellen Großbetrieben quer durch die Republik im Ar-

beitskampf. Durch den massiven Druck von unten waren die Gewerkschaftsführer gezwungen mit den Unternehmern die Tarifverhandlungen für die Stahlindustrie (ebenso im Bergbau) vorzuziehen. Statt der mickrigen 2 Prozent, die für das Jahr vorgesehen waren, konnten nun 11 Prozent erkämpft werden!

Rolle der Linken

„Vielfach ist von „spontanen“ Streiks die Rede gewesen. Schaut man sich die Sache genauer an, zeigt sich ein anderes Bild.“

Die Streiks hatten eine relativ lange Vorgeschichte. Durch den wirtschaftlichen Aufschwung und die Blockade der Bürokratie waren die Umstände reif für eine Bewegung. Ohne mehr oder weniger bewusst handelnde Menschen wäre dies jedoch nicht möglich gewesen. Die Aktivisten der Streikbewegung waren beinahe durch die Bank gewerkschaftlich organisierte KollegInnen. Ein Großteil davon stand auf dem linken Flügel der Gewerkschaften und hatte einen sozialistischen Anspruch. Ohne das Eingreifen von linken AktivistInnen wäre es nicht gelungen, erfolgreich den Druck in den Gewerkschaften zu entwickeln. Dies aber war der entscheidende Punkt, weshalb die Bewegung erfolgreich war. ■

und wenn die Streikbewegung... Kündigung! Freitag, 12. 9., 10:30 Uhr, Opernplatz

Arbeiterpresse

Saarbergbau streikt!
ÜBT SOLIDARITÄT!

Scheißbladen ist das hier!

Immer noch 38 Pfg weniger als die Hamburger!
Nur 8% Lohnerhöhung?

Das Schweigen durchbrechen!

1969 setzten sich die Beschäftigten der westdeutschen Stahlbranche und der Kohlegruben über stagnierende Löhne und lange Laufzeiten der Tarifrunde hinweg – und erkämpften kräftige Erhöhungen. Die Materialien stammen unter anderem aus verschiedenen Betriebszeitungen

Gewerkschaftliche Opposition

ötv-Netzwerk beschließt Umbenennung in „Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ver.di“

Am 9. Juni fand in Köln das 10. bundesweite Treffen des „Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ötv“ statt. 38 Personal- und Betriebsräte, Vertrauensleute und GewerkschaftsaktivistInnen bekundeten ihren Willen, nach der ver.di-Gründung die in der ötv begonnene Oppositionsarbeit fortzusetzen. Die Anwesenden beschlossen folglich auch die Umbenennung in „Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ver.di“. Das Netzwerktreffen verabschiedete eine Erklärung, mit der es sich zu ver.di positioniert.

Von Rita Werner, Köln

Manfred Engelhardt machte in seinem Einleitungsreferat nochmal deutlich mit welchen Manövern die Gewerkschaftsführung zwischen dem Leipziger und Berliner Kongress es geschafft hatte, die 80-Prozent-Hürde zur Auflösung der ötv zu überspringen. Auf dem Kongress selbst herrschte nach seiner Aussage eine Klima, die jede kontroverse Aussage über ver.di unmöglich machte: „Denn jede/r die/der es gewagt hätte, hier ein kritisches Wort zu ergreifen, und wenn es noch so sachlich und wahr gewesen wäre,

würde in der Luft zerrissen worden sein!“ Manfred Engelhardt betonte, dass es in ver.di jetzt darum geht, dass sich jede und jeder persönlich in die Waagschale wirft und sich engagiert für fortschrittliche Arbeit. Das Netzwerk solle zur „Antriebsfeder für fortschrittliche ver.di-Arbeit“ ausgebaut werden. Dass das Netzwerk auf dem Weg dahin ist, zeigten die auf dem Treffen beschlossenen Resolutionen. Mit einer Resolution beschloss das Treffen am Erfolg der Piloten anzuknüpfen und erhob die Forderung nach 400 Mark Lohnnachschatz für alle. Das Treffen verabschiedete auch einen Aufruf zu den internationalen Protesten in Göteborg, Genua und Brüssel.

An vorderster Front

Aus den Berichten aus den Betrieben ging hervor, dass die Netzwerk-KollegInnen an vorderster Front stehen bei der Organisation betrieblicher Gegenwehr. Welchem Druck sie dabei ausgesetzt sein können, zeigt das Beispiel von Manfred Engelhardt. Einige Wochen vor dem Netzwerktreffen startete die Geschäftsführung der Studentenwerke Aachen einen dritten Kündigungsversuch gegen den Personalratsvorsitzenden.

Offensive in Krankenhäusern

Steffi Nitschke berichtete, wie die Privatisierung des Klinikums in Kassel durch die Mobilisierung der Belegschaft vorerst abgewehrt werden konnte. Aber neue Vorstöße sind zu erwarten – und nicht nur im Klinikum Kassel, sondern überall. Deshalb wurde beschlossen, weiter Druck zu machen auf die ver.di-Führung, damit eine bundesweite Konferenz für Personalräte und Vertrauensleute einberufen wird, um den Kampf gegen Privatisierung im Gesundheitswesen und die Verteidigung des Flächentarifvertrags zu diskutieren. Unter anderem sollen bis Ende Juli Unterschriften unter Krankenhausbeschäftigten für eine gewerkschaftliche Offensive in den Krankenhäusern gesammelt werden.

Nein zum Spartentarifvertrag

Detlef Kallinich von den Essener Verkehrsbetrieben machte deutlich, dass der von der ötv ausgehandelte aber bisher noch nicht unterschriebene Spartentarifvertrag für den öffentlichen Nahverkehr enorme Verschlechterungen mit sich bringt, und deshalb abgelehnt werden muss. Außer 500 Mark weniger Lohn bei der Grundvergütung sollen viele freie

Tage gestrichen und weitere Bedingungen verschlechtert werden. Er erklärte am Beispiel seines Betriebes, mit welchen Tricks die Arbeitgeber versuchen diese Tarifabsenkungen so schnell wie möglich durchzusetzen.

Erfolg für alternative Betriebsratsliste

Mit viel Beifall bedacht wurde der Erfolg von Sprecherratsmitglied Alois Skribina, der inzwischen Betriebsratsvorsitzender bei der RGE Essen ist und sich durch seine engagierte Betriebsratsarbeit enormes Vertrauen und Unterstützung in der Belegschaft aufgebaut hat. Zusammen mit drei anderen Kollegen hatte er mit einer alternativen Liste kandidiert und nur eine Stimme weniger bekommen als die offizielle ötv-Liste. Dieses Ergebnis sowie auch der erfolgreiche Aufbau eines Vertrauenskörpers ist eine Ermutigung für alle kritischen KollegInnen, die bei den Betriebsratswahlen 2002 vor der Frage stehen, wie sie Betriebsräte loskriegen können, die mit den Arbeitgebern unter einer Decke stecken und für ihr Co-Mana-

gement Rückendeckung des örtlichen Gewerkschaftsapparates bekommen.

Kampfeswillen und Solidarität

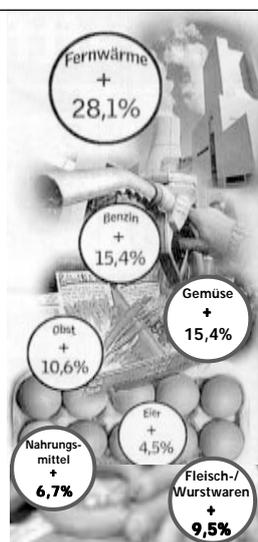
Das bundesweite Treffen endete mit der Feststellung, dass sich innerhalb des Netzwerks eine Atmosphäre von Kampfeswillen und Solidarität entwickelt hat, die mutig in die Zukunft schauen lässt. Als Fortschritt wurde auch die Einrichtung einer eigenen Homepage begrüßt. Alle beim bundesweiten Treffen verabschiedeten Resolutionen können abgerufen werden unter: www.freebox.com/network. Der Sprecherrat bekam bei dem Treffen auch lang ersehnte personelle Verstärkung. Angela Münch aus Köln wurde in das Leitungsgremium nachgewählt.

Nächstes Treffen

Das nächste bundesweite Treffen findet am Samstag, den 24.11. statt.

Weitere Infos

unter: netzwerk_kdoetv@gmx.de oder Steffi Nitschke, Tel. 0561/899764



Auf der einen Seite magere Tarifabschlüsse 2001, auf der anderen Seite explodierende Preise bei Fernwärme, Benzin oder Lebensmitteln (Steigerungen im Vergleich zum Vorjahr). Der Pilotenstreik zeigt, dass es auch anders geht. Darum erhob das Netzwerk die Forderung nach 400 Mark Lohnnachschatz für alle

Aachen

Dritte Kündigung gegen Manfred Engelhardt

Engelhardt

Gegen den Personalratsvorsitzenden des Studentenwerks Aachen wurde im Mai ein dritter Kündigungsversuch gestartet. Manfred Engelhardt ist seit 27 Jahren Personalratsvorsitzender und seit 9 Jahren Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Personalräte der Studentenwerke NRW. Nachdem das Verwaltungsgericht in erster Instanz sowohl die bisherigen Kündigungen als auch ein Ausschlussverfahren aus dem Personalrat zurückgewiesen hat, versucht die Geschäftsführung mit Rückendeckung der Landesregierung unter fadenscheinigen Begründungen eine dritte Kündigung. Die Arbeitgeberseite lässt nicht locker, Manfred Engelhardt loszuwerden. Sie will damit dem bisher erfolgreichen Widerstand gegen Privatisierung, gegen den Ausstieg aus dem Flächentarifvertrag

des öffentlichen Dienstes (BAT und BMTG), gegen Arbeitsplatzvernichtung, gegen Kürzung von Landesmitteln und gegen Verschlechterungen der Leistungen für Studierende die Spitze brechen. Dies muss verhindert werden. Deshalb fordern wir alle VORAN-LeserInnen auf, einen Aufruf gegen diese Kündigung zu unterzeichnen sowie Protest- und Solibrieffe zu schicken. Der Aufruf und weitere Hintergrundinformationen können über die Redaktion angefordert werden. Anlässlich des Besuchs des zuständigen Staatssekretärs am 4. Juli an der Fachhochschule in Jülich organisiert das Solikomitee eine Protestaktion gegen die Kündigung von Manfred Engelhardt und für die Entfernung des Geschäftsführers Stark aus seinem Posten. Die SAV Ortsgruppen in Aachen und Köln mobilisieren zu dieser Protestaktion.

Mach mit bei

Widerstand international – gegen die Diktatur der Banken und Konzerne! Ist eine unabhängige Jugendkampagne. Schon in mehr als einem Dutzend Städten in den verschiedenen Teilen Deutschlands wurde die Kampagne in den letzten Wochen gestartet. Eine ganze Reihe von Gruppen wurden bereits ins Leben gerufen. Zu dem Gründungstreffen in Aachen am 31. Mai kamen 30 Leute, zum Konzert gegen den EU-Gipfel Mitte Juni 150 Leute. Nach Göteborg mobilisiert Widerstand international! (WI) aktiv nach Genua, Bonn und Brüssel, um bei den Protesten gegen das G7/G8-Treffen, die Weltklimakonferenz und dem nächsten EU-Gipfel den Herrschenden kräftig einzuheizen. In Stuttgart, Kassel und anderen Städten organisiert WI Fahrmöglichkeiten nach Genua. WI hat in

Hamburg aber am 21. Juli auch eine Demonstration geplant und führt vielfältige Aktionen vor Ort durch, damit die Folgen des globalen Kapitalismus angeprangert werden und die Verantwortlichen beim Namen genannt werden. WI will aber noch mehr. WI will Diskussionen darüber beginnen, wie die internationale antikapitalistische Bewegung weiter aufgebaut werden kann, welche Forderungen vorgebracht werden sollten, welches Programm nötig ist. Darüber hinaus geht es WI auch darum, über Alternativen ins Gespräch zu kommen. Die Marktwirtschaft ist Murkswirtschaft. Aber was soll an ihre Stelle treten?

Es gibt 1.000 gute Gründe, jetzt aktiv zu werden: Mail: widerstand_international@web.de Voicebox/Fax: (0180) 50 52 58 81 13 56

widerstand international!



Bremen Parkplätze statt Schulen?

Bremen ist arm, Bremen hat kein Geld. Okay, das Weserstadion umbauen ist eine schöne Sache, da kann man schon mal 30 Millionen locker machen, aber sechs Stunden Unterricht am Tag ist wohl zu viel verlangt. Aber nicht nur für die Schulen ist kein Geld da, auch bei den Freizeits wird munter gekürzt und gestrichen.

Deshalb hat die SAV im letzten Sommer mit Jugendlichen und anderen Gruppen „Widerstand Jetzt“ gegründet. Das Bündnis „Widerstand Jetzt“ hat im Dezember den Jugendstreiktag organisiert, an dem 3.500 Jugendliche gegen die Zersparpolitik auf die Straße gegangen sind. Danach folgten vom Bündnis viele kleinere Aktionen. Nun war es wieder an der Zeit im größeren Rahmen aktiv zu werden. Geplant war eine Besetzung des Schulzentrums Holterfeld.

Das SZ Holterfeld war eine der wenigen Oberstufen in Bremen, die sowohl von Jugendlichen in der Berufsausbildung, als auch von Gymnasiasten besucht wurde. Die Ausstattung und der bauliche Zustand sind weit über dem Bremer Normalniveau. Die Schule hatte nur einen kleinen Schönheitsfehler: Um die Schule herum stehen die Werkhallen von DaimlerChrysler. Das macht das Schulgrundstück natürlich für Daimler sehr attraktiv. Die Stadt Bremen war dann auch so nett und hat Daimler das Grundstück verkauft, für 28 Millionen Mark. Die Schule wäre mehr als das doppelte wert gewesen. Auf dem Grundstück werden jetzt Parkplätze gebaut. Hin-

zu kommt, dass Bremen die Abrisskosten von 3 Millionen Mark auch noch tragen wird.

Anlass genug auf die Bildungsmisere in Bremen aufmerksam zu machen. Also veranstalteten wir ein Aktionswochenende unter dem Motto: „Heute das SZ Holterfeld, morgen der Rest von Bremen“. Pfingsten haben sich dann etwa 70 Leute zusammgefunden. Ursprünglich hatten wir eine Besetzung der Schule geplant. Samstagmittag machten wir dann eine Spontandemo, in deren Anschluss es 30 Leute geschafft haben, durch ein Loch im Zaun auf das Schulgrundstück zu kommen. Nachdem uns der ehemalige Schulleiter gestattet hat, uns auf dem Grundstück aufzuhalten, kam der Rest auch noch hinzu. Wir haben es mit der Aktion immerhin vier mal in die Hauptnachrichten von Radio Bremen geschafft und es gab Artikel in den Regionalteilen von Weser-Kurier, taz und Bild.

Hendrik Jäger, Bremen

Spannende Diskussionen, Sonne & Spaß

JRE-Sommercamp in Griechenland

Vom 28. Juli bis zum 4./5. August findet das diesjährige Sommerncamp von der griechischen JRE (Jugend gegen Rassismus in Europa) auf der Insel Paros statt. Die Kosten liegen (ohne Essen und Trinken) bei ungefähr 150 Mark (28.000 Drachmen) für die Zeltgebühr, Teilnahme und Fahrt mit der Fähre von Athen. Zelte müssen mitgebracht werden.

Die Themen, die diskutiert werden, sind unter anderem: Die Anti-Globalisierungs-Bewegung, Makedonien/Balkan, Frauenunterdrückung, Antifaschistischer Kampf, Naher Osten, Lage von ImmigrantInnen.

Die Diskussionen werden ins Englische, Französische und Deutsche übersetzt.

Weitere Informationen unter rolandos@miland.gr



EU-Gipfel in Göteborg: Verschiedene Jugendorganisationen beteiligten sich an den Gegenprotesten. Mitglieder von der schwedischen Elevkampagne (Mitte) und von der belgischen Blokkbuster und von International Resistance (Bild oben links und rechts) organisierten Ordnerdienste, um die Demo zu

Internationale Jugendkonferenz geplant

Am Rande der internationalen Demonstration gegen den EU-Gipfel in Göteborg fand am 17. Juni ein kurzes Treffen von VertreterInnen antikapitalistischer Jugendkampagnen und -organisationen aus sechs verschiedenen Ländern statt. Für Widerstand international! nahm Antje Zander aus Berlin teil. Initiator des Treffens war die schwedische Elevkampagne mit dem Ziel, Möglichkeiten für eine internationale Zusammenarbeit zu diskutieren.

Die TeilnehmerInnen berichteten aber auch über die Situation von Jugendlichen in ihren Ländern. So erzählte Alexandra aus Tschechien über die Schwierigkeiten, die Jugendliche dort haben, wenn sie politische Arbeit an Schulen oder Universitäten machen. Zena aus Britannien erzählte von der englischen Stadt Oldham, wo es durch den alltäglichen Rassismus und dem Auftreten der faschistischen Organisationen National Front sowie BNP zu Unruhen und Straßenschlachten mit der Polizei seitens ImmigrantInnen kam.

In Schweden beteiligte sich Elevkampagne sehr erfolgreich an den Demonstrationen in Göteborg. Ein Vertreter von Blokkbuster in Belgien berichtete von den Vorbereitungen der Demos gegen den nächsten EU-Gipfel im Dezember in Brüssel. Unter anderem wird aus diesem Anlass in Gent ein Schulstreik geplant.

Vereinbart wurde die Durchführung einer europaweiten Jugendkonferenz im Dezember in Belgien. Dafür soll ein gemeinsames Flugblatt geschrieben werden, mit dem zum Beispiel bei den Protesten in Genua für diese Jugendkonferenz mobilisiert werden kann.

Socialist Youth in Nordirland

Die erste öffentliche Veranstaltung von Socialist Youth in Nordirland war äußerst erfolgreich. 90 Besucher kamen am 21. Juni in Belfast zu einer Diskussion über Che Guevara.

Die Veranstaltung fand ausgerechnet in der Woche statt, in der es im Norden von Belfast zu den größten Straßenschlachten seit dem Karfreitags-Abkommen vor drei Jahren kam. Auf der Veranstaltung beschlossen die TeilnehmerInnen, in diesem Sommer eine Kampagne gegen die Politik von Nationalisten und Loyalisten auf die Beine zu stellen. Immer mehr Jugendliche haben die Schnauze voll von den Spannungen und Konflikten zwischen der katholischen und protestantischen Bevölkerung und geben auf keinen der etablierten Politiker –

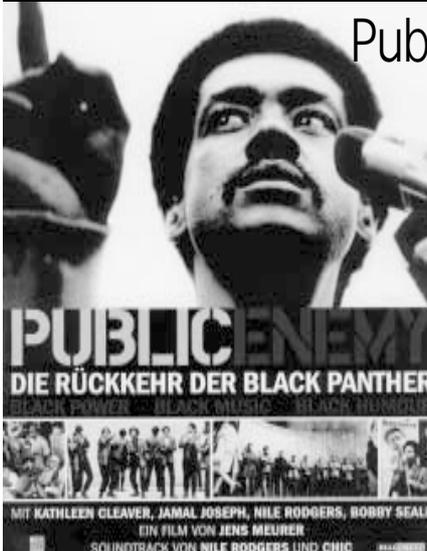
egal von welcher Seite – mehr etwas. Dafür wächst das Interesse an antikapitalistischen und sogar offen sozialistischen Ideen.

In Belfast hat Socialist Youth bereits 14 aktive Mitglieder und ein Umfeld von 70 Jugendlichen. Allein auf der Veranstaltung sind sieben Jugendliche bei Socialist Youth eingetreten.

Trotz der Unruhen in den Straßen von Belfast und der anstehenden Urlaubszeit wollen wir den Aktivitätsgrad deutlich steigern und massiv für die nationale Gründungskonferenz von Socialist Youth im August mobilisieren.

Gary Mulcahy, Belfast

Filmbesprechung



Public Enemy – Die Rückkehr der Black Panther

Nach dem Spielfilm „Panther“ kommt mit „Public Enemy“ ein neuer Film über die Black Panther Party in die deutschen Kinos. In dem Dokumentarfilm (Deutschland/Frankreich/USA) von Jens Meurer werden vier ehemalige Panther-Mitglieder interviewt: die Juraprofessorin Kathleen Cleaver, ehemals führendes Mitglied der Black Panther Party, der Theaterautor Jamal Joseph, der bereits mit 15 Mitglied wurde und für seine Gesinnung sechs Jahre in den Knast wanderte, Nile Rodgers, früher einfaches Mitglied, heute reicher Musiker und Produzent, und schließlich Bobby Seale, das letzte überlebende Gründungsmitglied der Black Panther Party, und neben Huey P. Newton das wahrscheinlich bestkennteste Mitglied der Panthers.

Sie erzählen sehr anschaulich von ihrer Zeit als Revolutionäre, von der alltäglichen Polizeibrutalität und wie sie es geschafft haben,

die schwarze Bevölkerung zu organisieren und ihr das Selbstbewusstsein zu geben, ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen. Besonders die Originalaufnahmen von Aktionen, Demonstrationen und Versammlungen sind sehr eindrucksvoll und geben ein Bild davon, welche breite Unterstüt-

Bobby Seale

(als Mitglied der Panther):

„Wir bekämpfen den ausbeuterischen Kapitalismus nicht mit einem Kapitalismus der Schwarzen, sondern wir bekämpfen den Kapitalismus wesentlich durch Sozialismus“

zung die „Black Panther Party for Self-Defense“ nach ihrer Gründung 1966 hatte und welche Gefahr sie für die herrschende Klasse dargestellt haben. Der Film stellt sich klar gegen die herrschende Propaganda, die Panthers seien ge-

walttätig gewesen. Während die Gewalt von der Polizei ausging, verstanden es die Panthers lediglich das US-amerikanische Recht voll auszuschöpfen, das heißt sie bewaffneten sich und schufen so eigene Milizen, die in der Lage waren, die Polizei zu kontrollieren und die rassistische Willkür einzudämmen. „Public Enemy“ zeigt darüber hinaus, dass sie an die Ideen von Malcolm X anknüpften und gegen das gesamte kapitalistische System kämpften und für eine sozialistische Alternative eintraten.

Der Film schlägt die Brücke zur miserablen Situation von heutigen schwarzen Jugendlichen, Massenarbeitslosigkeit, Drogen und Gewalt. Jeder zweite wächst in Armut auf. Die Berichte über ihre Bewegung in den 60ern von Seale oder Jamal Joseph vor StudentenInnen oder schwarzen Straßenkids finden immer noch sehr großen Anklang. Schade nur, dass die direkte Aufforderung von Cleaver,

Seale oder Joseph fehlt, sich selbst zu organisieren und sie zu einem großen Teil frustriert sind, in ihrem Privatleben aufgegand sind oder eine Alternative, wofür es sich zu kämpfen lohnt, verloren haben. Nile Rodgers baut sich gerade einen Pool in sein Haus und setzt auf „Gesundheit“, Bobby Seale hofft auf das große Los beim Lottospielen und davon, von diesem Geld Arbeitsplätze für schwarze Jugendliche zu schaffen und Jamal Joseph ist Sozialarbeiter geworden und versucht „es im Kleinen“.

Public Enemy zeigt, wie das FBI und die herrschende Klasse mit aller Gewalt eine der kämpferischsten Bewegungen zerschlagen hat und welche Notwendigkeit darin liegt, den Gedanken der Gegenwart und Organisation wieder in die schwarzen Stadtteile zu tragen. Ein äußerst sehenswerter Film!

Leonie Redler, Berlin



Weltweit regiert die Macht von Banken und Konzernen. Für ihren Profit nehmen sie keine Rücksicht auf die Lebensbedingungen von Milliarden Menschen und die Bedürfnisse der Umwelt.

Doch Gegenwehr entsteht: Die Demonstrationen von Seattle, Nizza, Prag, Quebec oder Göteborg hatten eine klare Botschaft: Wir wollen eine andere Welt und ein anderes Europa! Wir wollen nicht, dass abgehobene Politiker und Wirtschaftsbosse über unser Leben und unsere Zukunft entscheiden. Wir mischen uns ein und wollen eine Bewegung gegen die Macht der Banken und Konzerne aufbauen.

Von Holger Dröge, Berlin

Wie die antikapitalistisch

Anfang der 90er Jahre prägte Francis Fukuyama den Satz vom „Ende der Geschichte“. Er meinte damit den angeblich endgültigen Sieg des Kapitalismus. Es sei endgültig bewiesen, dass es keine funktionierende gesellschaftliche Alternative zu dem kapitalistischen System gäbe. Und viele glaubten ihm.

Die SAV und das CWI (Komitee für eine Arbeiterinterationale, internationale Organisation, deren Mitglied die SAV ist) hatten eine andere Analyse der Geschichte. Unsere Einschätzung war, dass das Vertrauen in eine sozialistische Alternative zum Kapitalismus durch den wirtschaftlichen Bankrott der Staaten des Ostblock und durch die jahrzehntelange Erfahrung mit den Verbrechen der stalinistischen Regime stark beschädigt worden war.

Wir waren aber gleichzeitig der Meinung, dass die Frage einer Alternative zum Kapitalismus sich dennoch wieder stellen würde. Der Kapitalismus würde seinen neu gewonnenen Spielraum nicht nutzen können, um der Welt Wohlstand zu bringen, sondern er würde im Gegenteil nach dem Wegfall der Systemkonkurrenz nur noch gnadenloser seine Herrschaft ausüben. Das wiederum würde antikapitalistische und später sozialistische Ideen auftrieb geben. Wir sehen uns in unserer Analyse bisher bestätigt.

In den 90er Jahren kapitulierten die Führungen der Gewerkschaften und der ehemaligen Arbeiterparteien vollends vor dem Kapitalismus. Parteien wie die SPD in Deutschland oder die Labour Party in Britannien boten nicht mal ansatzweise eine Alternative, sondern wurden die besten Verteidiger des Kapitalismus.

Arbeiterbewegung wurde politisch entwaffnet

In den jetzigen antikapitalistischen Protesten nimmt die Arbeiterklasse bislang nur begrenzt als Klasse teil. Dennoch stellt diese Bewegung einen Fortschritt dar. Sie ist anders als jene, die sich in den 90er Jahren entwickelten. Damals waren es Bewegungen zu einzelnen Fragen, es wurde gegen die Folgen des Kapitalismus protestiert, allerdings meist nur auf ein Thema beschränkt. Proteste gegen Rassismus und Faschismus, gegen gentechnisch veränderte Nahrungsmittel oder gegen die Atomindustrie. Im Gegensatz dazu stellt die aktuelle Bewegung den ersten Versuch eines verallgemeinerten Widerstandes gegen die Folgen der neoliberalen Politik dar. Sie ist sich einerseits im Klaren darüber, wogegen sie ist, aber andererseits herrscht Unklarheit oder Alternativlosigkeit darüber, wodurch das System zu ersetzen sei.

Die Frage, wie die Bewegung weitergehen wird und für welche Forderungen sie sich einsetzen wird, ist von entscheidender Bedeutung. Die Demonstrationen und Blockaden der Gipfel von G7/G8, EU, IWF oder Weltbank sind ein Ausdruck der gestiegenen Radikalisierung der Bewegung. Sie sind ein Fortschritt gegenüber den symbolischen Protesten bei den Gipfeln in Amsterdam 1997 oder Köln 1999. Doch die Bewegung kann nicht dabei stehen bleiben. Die Herrschenden

werden reagieren. Und sei es, dass sich jedes Treffen in die Wüstenrepublik Katar verlegen (wie das Treffen der Welthandelsorganisation WTO in diesem Herbst), wo es kein Demonstrationsrecht gibt. Oder sie versuchen die Bewegung zu kriminalisieren um mit noch massiverer Gewalt gegen die Proteste vorgehen wie bei dem EU-Gipfel in Göteborg. Allein durch Demonstrationen werden die Herrschenden sich nicht von ihrer neoliberalen Politik abhalten lassen. Die Gesetze des Kapitalismus diktiert diese neoliberale Politik.

Auf Dauer kann die Bewegung nur erfolgreich sein, wenn sie auch eine Alternative zum bestehenden Wirtschafts- und Gesellschaftssystem aufzeigt. Diskussionen über die Frage der Forderungen, des Programms und der gesellschaftlichen Alternativen haben begonnen. Die SAV will zu dieser Diskussion einen Beitrag leisten.

Tobin-Steuer

Eine Forderung, die zur Zeit stark diskutiert wird, ist eine Steuer auf alle Devisentransaktionen: Die „Tobin-Steuer“, benannt nach dem US-Ökonomen, der sie 1972 vorschlug. Tobin geht davon aus, dass kurzfristigen Anlagen eine destabilisierende Wirkung auf die Finanzmärkte haben und dort permanente Kurschwankungen verursachen. Von den 1,5 Billionen Dollar, die pro Börsentag zwischen den Finanzzentren hin- und hergeschoben werden, sind 80 Prozent solche kurzfristigen Anlagen mit einer Laufzeit von weniger als zwei Monaten, häufig sogar nur von Stunden. Die Anleger versuchen dabei, geringste Kursunterschiede bei Devisen, Aktien und Wertpapieren auszunutzen, oder sie spekulieren auf zukünftige Kursunterschiede. Wenn der Wechselkurs zwischen Dollar und Yen in Hongkong nur für ein paar Stunden eine Differenz von 1 Prozent zu Tokio ausmacht, kann man mit dem Einsatz von 100 Millionen per Mausclick eine Million Gewinn machen.

Besteuert werden soll jeder Grenzübergang von Kapital. Der Franzose Ramonet, einer der Gründer von ATTAC, schreibt, „bei 0,1 Prozent würde die Tobin-Steuer etwa 166 Milliarden Dollar im Jahr bringen, das doppelte des jährlich erforderlichen Betrags, um die schlimmste Armut zum Ende des Jahrhunderts abzuschaffen.“ Das zeigt, dass die Ressourcen vorhanden sind, die Lebensbedingungen der 1,2 Milliarden Menschen zu verbessern, die laut UN gegenwärtig in „äußerster Armut“ leben. Forderungen nach einer tobintartigen Steuer haben eine größere Resonanz erhalten. Ende Januar 2001 haben der DGB und der amerikanische AFL-CIO eine gemeinsame Erklärung herausgegeben, die eine „Besteuerung von Devisentransaktionen“ fordert. ATTAC hat Gruppen von Parlamentariern aus dem Europa-Parlament für seine Forderung gewonnen.

Wir unterstützen jede Maßnahme, die zur Umverteilung von oben nach unten beitragen könnte. Wir erklären aber auch, dass die Einführung selbst einer solch vergleichsweise geringen Steuer schon zu massivem Widerstand der Kapitalisten-

klasse in Deutschland und international führen würde. Um den Banken und den Millionären und Milliardenären auch nur ein paar Mark abzutrotzen, bedarf es der Organisation von Massenprotesten bis hin zu politischen Streiks.

Selbst wenn die Steuer einmal eingenommen wäre, bliebe die Frage, wie sie verteilt wird. „Wer kontrolliert sie? Auch jetzt werden schließlich Steuergelder nicht in unseren Interessen verwandt, sondern in denen des Kapitals. Wie verhindern wir, dass das erkämpfte Geld anschließend über Subventionen und Steuergeschenke wieder in den Taschen der Konzerne und der Superreichen landet?“

Wir setzen uns für die Abschaffung aller Verbrauchssteuern und die Einführung einer stark progressiven Besteuerung von Einkommen und Vermögen ein.

Doch die Probleme können nicht einfach durch Umverteilung beseitigt werden, daher schlagen wir die Überführung von Banken und Konzernen in Gemeineigentum unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der arbeitenden Bevölkerung vor.

ATTAC versteht sich auch als „Bewegung für die demokratische Kontrolle der Finanzmärkte und deren Institutionen“. Die Akteure auf den Finanzmärkten sind zum Beispiel die Allianz-Versicherung oder die Deutsche Bank. Der erste Schritt zu deren Kontrolle wäre die Untersuchung deren Finanzgebarens. Dazu müssten die Geschäftsbücher offengelegt werden. Sie würden sich sofort auf das Geschäftsgeheimnis berufen und mit Verlagerung der Geschäfte ins Ausland und mit Investitionsstreik und Entlassungen drohen. Tatsächlich kontrolliert im Kapitalismus nicht die Politik die Wirtschaft sondern umgekehrt. Der Einstieg in die Privatisierung der Rente erfolgte, weil Allianz-Versicherung und Deutsche Bank es wollten.

Kontrollieren kann man nur, was einem gehört. Gesellschaftliche Kontrolle der Banken setzt deshalb gesellschaftliches Eigentum an den Banken voraus.

Sind IWF, WTO oder Weltbank reformierbar?

Organisationen wie ATTAC und Kirchen- und liberale/humanistische Gruppen vertreten tendenziell die Idee, dass Regierungen zur Reform von kapitalistischen Schlüsselinstitutionen wie WTO, Weltbank und IWF bewegt werden können.

Internationale kapitalistische Institutionen, wie die EU, die Weltbank und der Internationale Währungsfonds (IWF), sind Instrumente der neoliberalen Agenda in Afrika, Asien, Lateinamerika und in den letzten Jahren auch in Osteuropa und der ehemaligen Sowjetunion durchzusetzen.

Eine unendlich lange Liste von Ländern hat eine wirtschaftliche Übernahme erlebt. Internationales wurden dazu gezwungen Handelsbarrieren abzubauen, öffentlichen Besitz zu verschauern und Sozialausgaben zu kürzen. Tatsächlich regiert der IWF zur Zeit mindestens 75 der ärmsten Entwicklungsländer der Welt. Und das nennt sich dann „Demokratie“!

Der Kapitalismus beruht auf Ausbeutung der arbeitenden Menschen. Wenn die herrschende Klasse Institutionen wie IWF oder Weltbank schafft, so werden diese in ihrem Sinne eingesetzt: Zur Maximierung von Profit. IWF und Weltbank arbeiten nicht falsch, sondern für die Interessen einer kleinen Minderheit. Sie sind Ausdruck gegensätzlicher Interessen zwischen ArbeiterInnen und Kapitalisten.

Während manche kosmetischen Änderungen an diesen Gremien als zynischer Versuch zur Besänftigung der öffentlichen Meinung gemacht werden können, werden sie grundlegend Werkzeuge der kapitalistischen Großmächte und multinationalen Konzerne bleiben. Die Forderung der „Reform“ dieser Institutionen ist eine Sackgasse. Die Antwort auf die Frage, wie sie reformiert werden sollen, bleiben die Befürworter einer „Reform“ auch schuldig.

WTO, IWF und Weltbank sind Waffen in der Hand der Banken und Konzerne

Waffen, mit denen sie die Welt ausbeuten. Diese Institutionen müssen bekämpft und beseitigt werden. Der Kampf gegen sie muss verbunden werden mit einem Kampf gegen den globalen Kapitalismus.

Wie soll sich die Bewegung organisieren?

Was die neue Bewegung ausmacht ist auch ihre Organisation. Abgestoßen von den undemokratischen Strukturen der etablierten Parteien oder einiger Gewerkschaften werden neue Wege der Organisation gesucht.

So versteht sich Peoples Global Action (PGA) „als offenes Netzwerk und Mittel zur Kommunikation und Koordination, nicht als Organisation, das heißt, die Gruppen und Bewegungen, die an PGA teilnehmen, sind weiterhin völlig autonom in ihren Entscheidungen (bspw. ob und in welcher Form sie an Globalen Aktionstagen teilnehmen, solange sie sich im Einklang mit PGA-Prinzipien befinden), es gibt weder eine Mitgliedschaft noch ein „ZK“, welches Aktionen zentral plant und dann an die jeweiligen Gruppen zur Ausführung weiterleitet.“ Einige gehen noch weiter, in dem sie jede Form von Struktur oder Koordination ablehnen, um jedem die größtmögliche Freiheit einzuräumen.

Wir stimmen in der Ablehnung bürokratischer und undemokratischer Strukturen überein, doch ohne zentrale Koordination und Abstimmung sind viele Protestformen sinnlos.

Soll zum Beispiel ein Gipfel blockiert werden, so ist eine Abstimmung erforderlich, welche Kreuzungen besetzt gehalten werden sollen. Vor allem ist es notwendig einen gemeinsamen Beginn und Ende zu bestimmen. Es kann letztlich nicht die Entscheidung eines einzelnen Blockadepunktes sein, die Blockade zu beenden.

Demokratische Strukturen müssen geschaffen werden, um sicherzustellen, dass alle mitreden und an der Entscheidungsfindung teilnehmen können. Eine demokratische Organisation erlaubt eine wirkliche Diskussion über Taktiken, einschließlich der Vorbereitung von Ordnerdiensten und der Verteidigung von Demonstrationen und anderer Proteste, und auch Pläne, auf die man ausweichen kann. Eine demokratische Organisation erlaubt auch eine volle Diskussion darüber, welche Forderungen, Lösungen und Programme die antikapitalistische Bewegung annehmen sollte.

Die SAV hat eine lange Tradition der Arbeit für diese Ziele innerhalb breiterer Bewegungen und auch der Initiierung zu breiten demokratischen Strukturen wie Jugend gegen Rassismus in Europa (JRE) in den neunziger Jahren. JRE war demokratisch und die Leute einbeziehend und hielt gut organisierte Konferenzen ab. Sie nahm auch eine verantwortliche Stellung gegenüber Massenprotesten ein und organisierte effektive und disziplinierte Ordnerdienste.

Wir setzen uns für eine demokratische Entscheidungsfindung in allen Stadien ein. Es ist wichtig, klar zu haben, wo welche Entscheidungen getroffen werden. Sonst trifft eine undemokratische Clique alle Entscheidungen. Gute Organisation ist auch wegen der Verantwortung, die man für die TeilnehmerInnen an solchen Protesten hat, notwendig. OrdnerInnen, SanitäterInnen und gute funktionierende Informationsstrukturen, zu denen alle Zugang haben, sind dafür notwendig.

Aktionsformen

In der Bewegung gab es bislang immer wieder direkte Aktionen wie Straßenblockaden und Konfrontationen mit der Polizei. Koordination gab es dabei nur begrenzt. Anarchistische Gruppen und die von ihren Ideen beeinflussten argumentieren, dass die Bewegung keine Führer brauche und nur „Selbstorganisation“ erfordere. Aber die Realität ist, dass die Proteste nicht spontan stattfinden, dass sie organisiert sind (wie könnten sie sonst stattfinden?) und Flugblätter geschrieben, Webseiten aktualisiert werden und so weiter.

Die SAV ist für direkte Aktionen oder, um genauer zu sein, wir befürworten die



Am 14. Juni kam US-Präsident Bush nach Göteborg, um für „St. gleichen Tag gingen 15.000 DemonstrantInnen auf die Straße, um zu protestieren. Die Demos gegen Bush und gegen den EU-Gipfel waren nur eine Woche später demonstrierten auch in Barcelona Zehntausende abgesetzt hatte

kollektive Massenaktion der Arbeiterklasse und Jugend.

Blockadeaktionen werden sicherlich von Vielen sympathisch betrachtet, doch das reinweise Einschlagen von Fensterscheiben sicher nicht. Solche Aktionen, die von Polizeispitzeln oder vereinzelt AktivistInnen der autonomen Szene durchgeführt werden, sind nicht hilfreich, die Proteste auf eine breitere Basis zu stellen.

Einzelaktionen sind einerseits Ausdruck mangelnden Vertrauens in die Massen und die Unfähigkeit sie zu mobilisieren, drücken aber aus, dass eine kleine Minderheit sich als Elite versteht, die die Masse ersetzen kann. Wir lehnen solche Einzelaktionen ab. Sie helfen den Herrschenden, die Bewegung zu diskreditieren und schrecken bislang Unbeteiligte ab, sich einzumischen.



Protestaktion (Foto unten) gegen Superausbeutung (Foto oben) von Nike, das sein Unternehmen aufbaute, in dem es seine Laufschuhe nach einem Import-Export-Arrangement in Südostasien fertigen ließ und keine seiner Fabriken selbst besaß



Göteborg: Die schwedische Polizei beim friedlichen Schutz vor den gewaltbereiten DemonstrantInnen... Schröder forderte, „mit voller Härte“ gegen jene Gewalttäter vorzugehen, die ohne jede politische Gesinnung oder Motivation aus „reiner Lust an der Gewalt“ vorgingen. Auch der britische Premierminister Blair sprach von Kriminellen, deren Taten man nicht aufwerten soll, indem man nach Motiven suche“ (FAZ vom 18.6.01)



sche Bewegung aufbauen?



nach Göteborg, um für „Star wars“ und gegen die Reduzierung des Klimakillers CO² zu werben. Am Freitagmorgen auf die Straße, um gegen „Star wars“ und für eine Reduzierung des Klimakillers CO² zu gehen den EU-Gipfel waren die größten Demos in Schweden seit mehreren Jahren. auch in Barcelona Zehntausende gegen die Weltbank – obwohl sie aus Angst vor Protesten ihre Tagung

Letztlich ist solche Randalie auch undemokratisch. Die große Mehrheit der Protestierenden ist regelmäßig dagegen. Doch eine kleine Minderheit macht was sie will. Sie erleichtert es damit den Regierenden und der Polizei, die Bewegung zu diskreditieren.

Die Orientierung auf die Arbeiterklasse

Auch die Einbeziehung der lokalen Bevölkerung gelang bislang nur in Ansätzen. In Prag (September 2000) war sie kaum vorhanden. Wir halten es für notwendig, sich mit ArbeiterInnen und Jugendlichen vor Ort zu verbinden, um wirklich eine Kraft zu werden, die die Versuche des Staats besiegen kann, die Protestierenden an den Rand zu drängen und von den ArbeiterInnen wegzudrängen.

Die SAV hält dies für einen entscheidenden Punkt. Zum Beispiel organisierte in Melbourne unsere australische Schwesterpartei, die Socialist Party, während der Proteste gegen das Weltwirtschaftsforum einen Schülerstreik und mobilisierte unter BauarbeiterInnen. In Göteborg gehörte unsere Partei von Anbeginn zum Bündnis „GBG 2001“ und mobilisierte massiv in Göteborg selbst.

Die Arbeiterklasse ist bislang nur wenig in die Proteste einbezogen. Wir halten die Einbeziehung der Arbeiterklasse für wichtig, damit die Bewegung zum Erfolg führen kann. Schließlich ist die Arbeiterklasse die einzige Kraft, die in der Lage ist den Kapitalismus zu stürzen und eine sozialistische Gesellschaft aufzubauen. Nicht nur, weil sie zahlenmäßig der weitest große Teil der erwerbstätigen Bevölkerung ist, sondern auch, weil sie durch

ihre Rolle im Produktionsprozess die potenziell stärkste ökonomische Macht in der Gesellschaft darstellt und ein kollektives Klassenbewusstsein entwickeln kann.

Die sozialistische Alternative

Die Anti-Globalisierungs-Bewegung hat bisher einige wichtige Kritiker, wie Bordieu, Klein, Forrester oder Bello hervorgebracht. Sie alle haben schärfste Kritik an den Auswirkungen des Neoliberalismus geäußert. Doch eine gesellschaftliche Alternative bieten sie nicht.

In einem Artikel zu den Protesten gegen die FTAA-Tagung in Quebec im April 2001 schreibt Naomi Klein: „Glücklicherweise widerstehen die Demonstranten dem Druck, eine einzige Alternative gegen den Freihandel für sich zu beanspruchen und verteidigen demgegenüber das Recht auf individuelle globale Unterschiede und Selbstbestimmung. Es gibt nicht eine Lösung, sondern Tausende.“ Doch genau dies ist das Problem der sich entwickelnden Bewegung: Sie weiß, wogegen sie ist, aber noch nicht wofür.

Stimmt es, dass es tausende Lösungen gibt? Manche „Lösungen“ schließen sich gegenseitig aus. Entweder sind WTO, IWF, Weltbank im Interesse der breiten Masse reformierbar oder sie sind es nicht. Entweder ist eine Alternative zum Kapitalismus möglich oder sie ist es nicht. Aber es können nicht beide Positionen gleichzeitig richtig sein.

Es ist gut, wenn sich viele Menschen Gedanken über Lösungen machen, wenn viele Ideen dabei herauskommen. Aber über Ideen muss dann diskutiert werden. Ideen müssen zu Ende gedacht werden. Erfahrungen aus früheren Kämpfen müssen einbezogen werden.

Unserer Meinung nach stellt sich die Herausforderung, allen Menschen Nahrung, Wohnung und soziale Absicherung unter ökologisch tragbaren Verhältnissen zu bieten. Dies setzt eine enorme Veränderung der Gesellschaft voraus. Aber dies bedeutet auch, dass die Menschheit mit den Ressourcen dieses Planeten nachhaltig umgeht und das ist nur möglich, wenn die Produktion national, kontinental und im Weltmaßstab demokratisch geplant und organisiert wird. Das ist unter kapitalistischen Verhältnissen nicht möglich. Es wirft die Frage von weltweitem Sozialis-

mus auf. Der globale Kampf dafür ist die wirkliche Antwort auf den globalisierten, habgierigen Kapitalismus.

Die Menschen sind zu Recht abgestoßen vom politischen System des Stalinismus im früheren Ostblock. Fortschritte, die in diesen Ländern durchaus einmal erreicht wurden, wurden durch die bürokratische, undemokratische Herrschaft einer privilegierten Clique wieder zu Nichtem gemacht.

Wir streben den Aufbau einer Gesellschaft an, wo die Konzerne, die heute das Leben der Mehrheit auf diesem Planeten kontrollieren, im Besitz der Gesellschaft stehen und von dieser demokratisch kontrolliert werden.

Solche eine Gesellschaft kann nur funktionieren, wenn sie in allen Bereichen demokratisch organisiert ist, wenn alle Menschen in leitenden Funktionen, ob SchuldirektorIn, RichterIn, FabrikleiterIn oder MinisterIn, gewählt werden, jederzeit abgewählt werden können und nicht mehr als ein durchschnittliches Einkommen verdienen.

Die Arbeiterklasse ist die entscheidende Kraft in der Gesellschaft, die diese Änderung herbeiführen kann, denn die arbeitenden Menschen sind die Mehrheit in der Gesellschaft und sie schaffen allen Reichtum.

Die Mitglieder und UnterstützerInnen der SAV und des CWI, haben vom Beginn der ersten Bewegungen in London und Seattle, bei allen bedeutenden Demonstrationen teilgenommen und waren bestrebt, die Anti-Globalisierungs-Bewegung zu stärken.

Gleichzeitig sind wir davon überzeugt, dass die Zeit reif ist, über eine „Anti-System“-Stimmung hinauszugehen – hin zu einem ausdrücklich sozialistischen Ansatz. Die Zeit drängt. Die Weltwirtschaft steht am Beginn einer neuen Krise. Wir werden erleben, dass der kapitalistische Konkurrenzkampf noch härter werden wird, dass die Banken und Konzerne die Ausbeutung der Welt noch rücksichtsloser betreiben werden.

Unserer Meinung nach schreiben die globalen Probleme nach einer Antwort: Der Abschaffung des Kapitalismus und der Errichtung einer demokratischen sozialistischen Gesellschaft von unten, in der nicht mehr der Profit, sondern das Wohl von Mensch und Umwelt zählt. ■

Erläuterungen

ATTAC

ATTAC – die französische Abkürzung für „Vereinigung zur Besteuerung von Finanztransaktionen im Interesse der BürgerInnen“ – ist eine internationale Organisation.



Arbeitsminister Riester „attaciert“ bei der Vorstellung des

Ausgehend von Frankreich gibt es Gruppen in 26 Ländern. In Frankreich hat ATTAC 30.000 Mitglieder, in anderen Ländern ist es mehr ein Zusammenschluss von Organisationen. Zentrale Themen von ATTAC sind die Einführung einer Steuer auf Finanztransaktionen (Tobin-Steuer, siehe Text), die Unterbindung von Steuerflucht und der Schuldenerlass für die „Entwicklungsländer“.

Peoples Global Action (PGA)

PGA versteht sich als offenes Netzwerk und Mittel zur Kommunikation und Koordination, nicht als Organisation. Das heißt, die Gruppen und Bewegungen, die an PGA teilnehmen, sind weiterhin völlig autonom in ihren Entscheidungen. Es gibt keine Mitgliedschaft und zentrale Planung von Aktionen. Grundsätze von PGA sind:

• Eine deutliche Ablehnung der WTO und anderer Liberalisierungs-Abkommen (wie APEC, EU, NAFTA usw.) als aktive Institutionen einer sozial und ökologisch zerstörerischen Globalisierung

• Ablehnung der Herrschafts- und Diskriminierungssysteme, inklusive aber nicht beschränkt auf Patriarchat, Rassismus und religiösen Fundamentalismus aller Art

• Ein Aufruf zum gewaltlosen zivilen Ungehorsam und zum Aufbau von lokalen Alternativen durch die örtliche Bevölkerung als Antwort auf die Aktivitäten von Regierungen und Konzernen

• Eine dezentrale und autonome Organisationsphilosophie

Indymedia

Indymedia ist unabhängige nicht-kommerzielle Berichterstattung von unten über wichtige soziale und politische Themen vor Ort und weltweit. Hunderte von Medieninitiativen und AktivistInnen sind daran beteiligt. Indymedia versteht sich als ein internationales hierarchiefreies Netzwerk und als Teil des weltweiten Widerstands gegen die kapitalistische Globalisierung. Hintergrund ist die etablierte Medienmacht. Auf ihrer Website heißt es: „Medienkonzerne verbreiten über unzählige Kanäle ihre vielfach durch politische u./o. wirtschaftliche Interessen gefärbten Informationen und konstruieren somit kraft ihrer Definitionsmacht ein Bild der Realität, das teilweise in krassem Gegensatz zu einer von vielen Menschen ganz anders erlebten Wirklichkeit steht. (...) Indymedia versteht sich als ein emanzipatorisches, unabhängiges Medienetzwerk ohne kommerzielle Interessen (hier ist die Information kein Modethema, keine „Handelsware“ mit Marktwert), mit dem zentralen Ansatz, Gegenöffentlichkeit zu schaffen.“



uperausbeutung (Foto oben) baute, in dem es seine ort-Arrangement in Südostasien ken selbst besaß

- Schluss mit der Ausbeutung der Welt durch Banken und Konzerne
- Sofortige Schuldenstreichung für die Länder der „Dritten Welt“
- Schluss mit der Zinszahlung an die Banken
- Die Milliarden, die die Banken durch Zinsen aus der „Dritten Welt“ geraubt haben, müssen als Aufbauhilfe zurückfließen
- Überführung der Banken in Gemeineigentum unter demokratische Kontrolle und Verwaltung durch die arbeitenden Menschen
- Weg mit IWF, Weltbank, WTO
- Kein Ausverkauf öffentlichen Eigentums in der „Dritten Welt“ an Banken und Konzerne. Deshalb: Kampf gegen Privatisierung weltweit
- Drastische progressive Besteuerung von Gewinnen und Vermögen
- Rückführung privatisierter Bereiche in Gemeineigentum bei demokratischer gesellschaftlicher Kontrolle und Verwaltung durch die arbeitende Bevölkerung
- Stopp aller Rüstungsexporte
- Internationaler Kampf gegen Diktaturen in der „Dritten Welt“ und gegen die Diktatur des Marktes über die Welt
- Internationaler Kampf gegen den Abbau sozialer und ökologischer Standards
- Für eine Mindestabsicherung (Mindestlohn, Mindestrente), die sicherstellt, dass kein Mensch weltweit länger in Armut leben muss. Für eine drastische Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich
- Für kämpferische und demokratische Gewerkschaften, die international zusammenarbeiten
- Für die länderübergreifende Zusammenarbeit von BasisaktivistInnen in Betrieb und Gewerkschaft
- Gegen die internationalen Organisationen des Kapitals, gegen den globalen Kapitalismus – Für den Aufbau neuer Arbeiterparteien. Für den Aufbau einer Internationale der ArbeiterInnen und der Jugend
- Hinter IWF, Weltbank, WTO stecken die Profitinteressen der Banken und Konzerne. Die 500 größten multinationalen Konzerne kontrollieren 90 Prozent des Weltmarktes. Deshalb: Überführung in Gemeineigentum. Demokratische Kontrolle und Verwaltung durch die arbeitenden Menschen
- Für eine Welt ohne Ausbeutung, Hunger und Kriege, für eine sozialistische Demokratie weltweit

Wahlen in Britannien

Instabilität trotz klarem Labour-Sieg

Auf den ersten Blick scheint die Welt für Tony Blair nach den Parlamentswahlen vom 7. Juni in Ordnung zu sein. Er wurde als erster Labour-Premierminister in der Geschichte des Landes wiedergewählt und hat eine ähnlich große Mehrheit im britischen Unterhaus, wie in der letzten Legislaturperiode. Doch der Schein trügt – die Lage ist alles andere als stabil.

Selbst der Spiegel musste zugeben, dass Blair die Wahl gewonnen hat, weil die britische Bevölkerung eine Rückkehr der verhassten Tories (Konservativen) verhindern wollte: „Denn Labours Meinungsumfragen vor der Wahl zeigten nicht nur den unaufholbaren Vorsprung des Premiers, sondern ebenso die Unzufriedenheit der Wähler, dass er seine Versprechen aus dem Wahlkampf zuvor trotz ständiger Beteuerungen nicht eingelöst hatte. Nur die Tatsache, dass die Wähler (...) den Konservativen noch weniger vertrauten, hat Blairs Sieg gesichert (24/2001).“

Die tiefer liegende Unzufriedenheit drückte sich vor allem in der niedrigen Wahlbeteiligung aus. Mit knapp 60 Prozent gingen weniger BürgerInnen zur Wahl als jemals zuvor. Labour kann mit absoluter Mehrheit regieren, obwohl sie gerade mal von einem Viertel der Bevölkerung gewählt wurden. Die größte Wahlenthaltung gab es in Arbeitervierteln. In einigen Wahlbezirken Liverpools gingen nicht mehr als 40 Prozent der Wahlberechtigten zur Stimmabgabe.

Die Wahl eines unabhängigen Kandidaten im Wahlkreis Wyre Forest ist ein weiterer Ausdruck der Unzufriedenheit. Hier gewann ein Arzt die Wahl, der gegen die Privatisierung des örtlichen Krankenhauses kämpfte und sich für eine bessere Ausstattung des staatlichen Gesundheitswesens einsetzte.

Sozialistische Achtungserfolge

Die Sozialistische Partei (SP) in England und Wales und die Internationalen Sozialisten (IS) in Schottland (Schwesterorganisationen der SAV in England und Wales und in Schottland) kandidierten als Teil der Sozialistischen Allianz beziehungsweise der Schottischen Sozialistischen Partei (SSP). Die Sozialistische Allianz trat in 98 Wahlkreisen an und die SSP in allen 72 schottischen Wahlkreisen. SP und IS stellten ins-

gesamt 19 KandidatInnen auf. Die Sozialistische Allianz erzielte 57.553 Stimmen (zwei weitere Kandidaten der SP, die nicht von der Allianz unterstützt wurden, erreichten zusammen 1.454 Stimmen) und damit im Durchschnitt 1,75 Prozent pro Kandidatur. Die SSP erreichte 72.518 Stimmen, im Schnitt 3,1 Prozent. Beide Ergebnisse sind wichtige Achtungserfolge. Die Sozialistische Arbeitspartei (Socialist Labour Party) des Bergarbeiterführers Artur Scargill, die sich leider nicht an einer gemeinsamen Kandidatur beteiligte, erreichte in 117 Wahlkreisen 57.289 Stimmen. Insgesamt stimmten also 188.814 Menschen für KandidatInnen links von Labour.

Das beste Ergebnis auf der Linken in England und Wales erzielte der

SP-Stradtrat Dave Nellist in Coventry Nordost (einem Wahlkreis, in dem er zum ersten Mal kandidierte), wo er mit 2.638 Stimmen 7,5 Prozent erreichte. Ein ähnlich hohes Ergebnis erzielte die Sozialistische Allianz im Wahlkreis St. Helen's, wo ein ehemaliger Tory für Labour kandidierte. Weitere besonders gute Ergebnisse erzielten die SP-Mitglieder Rob Windsor in Coventry Süd mit 1.475 Stimmen und Ian Page in Lewisham Deptford mit 1.260 Stimmen. Beide sind Stadträte für die SP. Im Wahlkreis Hayes konnte Wally Kennedy für die SP 648 Stimmen erzielen. Während der Wahlkampagne haben allein in diesem Wahlbezirk 67 Personen einen Aufnahmeantrag für Mitgliedschaft in der SP gestellt.

Warnung von Rechtsaußen

Die 16 beziehungsweise 11 Prozent, die die faschistische Britische National Partei (BNP) in Oldham erzielen konnte, sind eine Warnung an die Arbeiterbewegung und an alle AntifaschistInnen. Nach Auseinandersetzungen zwischen asiastischstämmigen Jugendlichen und der Polizei in Oldham konnte die BNP mit ihrer rassistischen Propaganda gezielt mit der Angst der dortigen Bevölkerung spielen und Unterstützung mobilisieren. Dies ist nur möglich, weil die Faschisten die Desillusionierung mit den etablierten Parteien und gleichzeitig die staatliche Hetze gegen AsylbewerberInnen ausnutzen können. Mitglieder der SP und der britischen Jugend gegen Rassismus in Europa (JRE) haben begonnen in Oldham eine antirassistische Kampagne durchzuführen und planen die Gründung einer JRE-Gruppe.

Aussichten

Für Blair handelte es sich um eine „Just in time“-Wahl. Nach den Massenprotesten gegen die Benzinpreiserhöhungen, nach BSE und MKS, nach den ersten größeren Arbeitsplatzverlusten in der Industrie hat zwar ein Stimmungsumschwung begonnen einzusetzen, der sich aber noch nicht im Wahlergebnis niederschlagen konnte. Blair wird aber eine Politik verfolgen, die immer mehr in Widerspruch zur Mehrheit der Bevölkerung stehen wird. So will er zum Beispiel an seinem Privatisierungskurs festhalten, während achtzig Prozent der Bevölkerung sich dagegen aussprechen. Die in den USA begonnene Rezession wird auch Britannien treffen. Dann wird sich der Unmut in Widerstand verwandeln und gegen Blair richten. Die Achtungserfolge von SozialistInnen bei diesen Wahlen sind ein guter Ansatzpunkt, um in einer solchen neuen Situation eine

Von Thatcher



... zu Blair

Blair genehmigte sich nach dem Wahlkampf erstmal eine Gehaltserhöhung von umgerechnet 150.000 Mark im Jahr. Damit beträgt sein „Lohn“ das 17fache des

Präsidentschaftswahl im Iran

Das soziale Fieber steigt

Anfang Juni waren Präsidentschaftswahlen im Iran. Bei diesen konnte sich der so genannte „Reformer“ Chatami mit über 75 Prozent gegen den rechteren Flügel des Establishments durchsetzen. Da Chatami in Worten mehr Demokratie, Pressefreiheit und die Einhaltung der Menschenrechte fordert, ist sein Wahlsieg als massiver Reformwunsch der Bevölkerung zu verstehen.

Mit der Machtergreifung der Islamisten im Jahre 1979 unter der Führung von Chomeini ist eine der blutigsten Diktaturen der Gegenwart entstanden. Jede demokratische Errungenschaft ist zerschlagen worden, jede Selbstorganisation verboten. Seither sind Hunderttausende verschleppt, eingesperrt, gefoltert und ermordet worden. Es sind kriminelle Schläger- und Killerkommandos auf den Straßen präsent, um jeden Widerstand mit aller Brutalität zu ersticken. Der Geheimdienst und andere Denunzianten sorgen für eine Atmosphäre, in der man fast nirgends mehr offen reden kann, weil so gut wie jeder ein Spitzel sein kann. Die Islamisten drängen auf ekelhafteste Art und Weise in das Privatleben der Menschen ein. Beispielsweise wird Sex vor der Ehe mit Steinigung bis zum Tode „bestraft“. Die größten Opfer dieser Diktatur sind Frauen, die weitgehend entrechtet und stark in die Abhängigkeit von Familie und Ehemann gedrückt werden. Auch die soziale Situation ist katastrophal, in einigen Branchen werden die Löhne der ArbeiterInnen monatlang nicht bezahlt, die Arbeitslosigkeit steigt weiter an.

Interessen der „Reformer“

Der Streit zwischen „Konservativen“ und „Reformern“ ist Ausdruck der Krise, in die die Herrschaft der Islamisten geraten ist. Beide Seiten haben vor allem ein Ziel: die Macht der herrschenden Clique über die Bevölkerung zu sichern, die Frage ist nur wie. Die „Reformer“ wollen den ArbeiterInnen und Jugendlichen ein paar kleinere Zugeständnisse im Bezug auf individuelle Freiheiten machen, um eine Revolte von unten zu verhindern. Die Konservativen, sehen darin die Gefahr, dass sie durch solches „Entgegenkommen“ ihre Macht verringern und die Massen zu weiteren Forderungen ermutigen könnten. Der „Reform“-Flügel stützt sich vor allem auf exportorientierte Unternehmer und Teilen des Mittelstandes, die die internationale Isolation des Iran überwinden wollen. Deshalb betreibt Chatami eine Politik marktwirtschaftlicher Reformen, Privatisierungen und eine Annäherung an die westlichen Industrieländer, um den Iran stärker in den Weltmarkt zu integrieren.

Zuspitzung der sozialen Krise

Wenn man sich anschaut, was bisher seit der Präsidentschaft Chatamis, der auch im Parlament die absolute Mehrheit hat, passiert ist, wird man feststellen, dass sich die soziale Lage trotz des zur Zeit hohen Ölpreises in den letzten 4 Jahren mit einer Arbeitslosenquote von offiziell 20 Prozent und einer Inflation von 17 Prozent sogar noch verschlechtert hat. Von Demokratie kann lange nicht die Rede sein. Weiterhin werden Zeitungen verboten, Oppositionelle verhaftet oder sie verschwinden spurlos. Dass „Reformer“ und „Konservative“ gar nicht so grundle-



In der zweiten Amtsperiode von Chatami stehen der arbeitenden Bevölkerung keine rosigen Zeiten bevor

gend unterschiedliche Interessen haben zeigt die Tatsache, dass sich Chatami und Chameini ab und zu verbünden, um Proteste wie die der Studierenden im Juli 1999 blutig niederzuschlagen. Dennoch stärkt die Spaltung des Regimes das Selbstbewusstsein der Massen. Besonders die Jugend, die den überwältigenden Teil der Bevölkerung ausmacht, ist nicht länger bereit, den Terror des Regimes widerstandslos hinzunehmen.

Radikalisierung

Das System ist am Ende und nicht reformierbar. In den letzten zwei Jahren haben sich bereits mehrfach die Vorboten kommender Klassenkämpfe gezeigt, bei denen auch die Rolle Chatamis deutlich wurde. Viele sehen ihn dennoch als „das kleinere von zwei Übeln“. Chatami wird jedoch die in ihn gesetzten Erwartungen nicht erfüllen wollen und können. Die soziale Situation wird sich weiterhin verschlechtern, vor allem vor dem Hintergrund einer weltweiten Rezession. Die Wut über die Mullahs und über die imperialistischen Länder, die das Land und das Volk aussaugen, wird sich noch verstärken. Die Jugend und die ArbeiterInnen radikalisieren sich und größere Massenproteste werden entstehen. Notwendig für eine erfolgreiche sozialistische Revolution, die die Herrschaft der Islamisten bricht, die Macht der iranischen herrschenden Klasse zerschlägt und sich aus der Abhängigkeit vom Imperialismus befreit, ist eine sozialistische Arbeiterpartei, die bereit ist, ein kompromisslos mit dem Kapitalismus zu brechen.

Ahmad Musawi, Köln

Serie zur Europäischen Union (EU): Teil 4

EU-Osterweiterung = neuer Kolonialismus?

Auf dem EU-Gipfel in Nizza im Dezember 2000 wurden die Weichen für die so genannte Osterweiterung der EU gestellt. Das bedeutet, dass 12 Länder vor allem aus Ost- und Süd-europa der EU beitreten können – vorausgesetzt die Beitrittsverhandlungen werden abgeschlossen und durch die nationalen Parlamente abgesegnet. Schon Nizza machte deutlich, dass die EU-Bosse, die vor Jahren noch sehr engagiert in der Frage der Aufnahme der ex-stalinistischen Staaten waren, heute diesen Prozess mit Sorge betrachten. Dann kam unmittelbar vor dem EU-Gipfel von Göteborg der „Schock für die EU: Das Nein der Iren zum Vertrag von Nizza kann die Erweiterung blockieren und die Union in die größte Krise ihrer Geschichte stürzen“ (Der Spiegel, 25/2001).

Von Antje Zander, Berlin

Die Wiedereinführung der Marktwirtschaft in Osteuropa vor zehn Jahren hat in diesen Ländern den Lebensstandard von großen Teilen der Bevölkerung massiv verschlechtert. Die osteuropäische Wirtschaft, die vor allem auf Landwirtschaft, Schwerindustrie und dem Abbau von Rohstoffen basiert, ist von Krise und

Stagnation geprägt, nachdem große Teile der Industrie durch die kapitalistische Restauration plattgemacht wurden.

Die Europäische Union ist wie der Euro ein Projekt der europäischen Kapitalisten zur Schaffung eines starken Wirtschaftsblocks, der auf dem internationalen Markt die USA und die asiatischen Kapitalisten herausfordern kann. Mit der Osterweiterung will sich die EU ihren politischen Einfluss und wirtschaftlich einen Zugang zu den neuen Märkten in Osteuropa sichern, und außerdem verlängerte Werkbänke schaffen. Die EU ist darauf aus, die ehemaligen Ostblock-Staaten zum Abbau ihrer Zölle zu zwingen, gleichzeitig aber den Protektionismus gegenüber Waren aus den osteuropäischen Ländern aufrechterhalten.

Aufnahmekriterien

In allen Ländern Osteuropas hat mittlerweile die Marktwirtschaft Einzug gehalten. Nun erhoffen sich die Herrschenden in diesen Ländern durch die Aufnahme in die EU finanzielle Beihilfen, Zugang zum europäischen Markt aber auch die Möglichkeit, dass Menschen aus diesen Ländern sich ohne Visum in Europa bewegen können und auch dort arbeiten dürfen. Deswegen sind sie auch bereit, die harten Beitrittskriterien, die die EU

an eine Mitgliedschaft geknüpft hat, zu erfüllen. Dies bedeutet vor allem die Privatisierung der Industrie und drastische Kürzungen der Staatsausgaben. All diese Maßnahmen gehen zu Lasten der arbeitenden Bevölkerung. So forderte beispielsweise die EU von Rumänien die Schließung von 50 Bergwerken. In Polen, welches auf der Liste der ersten Gruppe der möglichen Beitrittskandidaten steht, übt die EU Druck aus, die Bergbauzechen zu schließen.

In Polen stellt sich aber auch das Problem, dass ein Drittel aller Beschäftigten in der Landwirtschaft arbeitet. Wenn Polen die Landwirtschaft den EU-Richtlinien angleichen muss, würden die Arbeitsplätze in diesem Sektor massiv abgebaut werden. Auch in Polen, welches von der EU als Musterland gepriesen wird, steht die Wirtschaft auf sehr wackligen Füßen. Zwar wuchs die Industrieproduktion zwischen 1995-98 um 4,8 Prozent, doch die Arbeitslosenrate liegt mittlerweile bei 11 Prozent, die Inflationsrate beträgt 12 Prozent und das Handelsbilanzdefizit belief sich 1998 auf 32 Milliarden Mark.

Zwei- oder Drei-Klassen-EU

Die osteuropäischen Staaten, die jetzt beitreten wollen, würden die Landfläche der EU um ein Drittel und die Bevölke-

rung um ein Viertel vergrößern. Das Brutto-sozialprodukt dagegen würde nur um 5 Prozent steigen. Über 60 Prozent der EU-Bevölkerung hätte dann entsprechend den jetzigen EU-Richtlinien Anspruch auf finanzielle Hilfen. Die Regierungen der wirtschaftlich starken EU-Mitgliedsländer werden das jedoch verhindern, in dem den einzelnen EU-Mitgliedern unterschiedliche Rechte und Pflichten zugestanden werden.

Welche Probleme die EU-Erweiterung aufwirft, zeigt sich vor allem auch in der Agrarpolitik. Denn bei mehreren Beitrittskandidaten stellt die Landwirtschaft einen nicht unerheblichen Teil der Wirtschaft dar. Würden die Richtlinien der EU-Agrarpolitik, wie Prämien für Landstillelegungen und Subventionen, auf die neuen Beitrittsländer übertragen werden, hätte die EU Mehrausgaben von über 30 Milliarden Mark pro Jahr zu verkräften.

Auf der anderen Seite stellt sich die französische Regierung, die zur Zeit den größten Anteil an Agrarsubventionen erhält, gegen eine Veränderung der bisherigen Agrarpolitik.

Schon jetzt sind sich die Staatschefs der heutigen EU-Mitgliedsländer einig, dass auch nach einer Erweiterung die neu aufgenommenen EU-Mitglieder erst nach einer „Übergangsfrist“ von den Agrarsub-

ventionen aber auch der freien Arbeitsplatzsuche innerhalb der EU profitieren werden.

Auch bei der Frage der Stimmengewichtung sollen die neuen EU-Staaten zu neokolonialen Staaten degradiert werden. Der deutsche und der französische Imperialismus beanspruchen (allerdings nicht in Eintracht) die Führungsrolle. „Es ist natürlich, dass der östliche Teil des Kontinents uns für die nächsten Jahre beschaffen wird, da die Deutschen dies als ihre historische Aufgabe betrachten. Die höchste Priorität besteht in dem Versuch, ganz Europa zu integrieren. Während es für Frankreich vor allem darum geht, mit seinem Einflussverlust in der Welt zu Rande zu kommen“ (Immo Stratebit, früherer deutscher Botschafter in Paris in der International Herald Tribune, 11/12.9.99).

Angesichts der Probleme, die die EU-Osterweiterung mit sich bringt, und am Vorabend einer weltweiten Wirtschaftskrise ist es sehr fraglich, ob diese Erweiterung jemals nach dem heutigen EU-Fahrplan über die Bühne gehen wird.

In keinem Fall aber wird der Anspruch eines stabilen Europas auf Grundlage des Kapitalismus erfüllt werden. Der einzige Ausweg kann nur der gemeinsame Kampf von ArbeiterInnen in Ost und West für ein Europa frei von Lohndumping, Ausbeutung und Umweltzerstörung, für ein Europa auf der Grundlage einer sozialistischen Demokratie sein. ■

Nordirland

„Zeit für Veränderung“

„Die Chancen für den nordirischen Friedensprozess haben sich seit den britischen Unterhauswahlen und den gleichzeitig stattfindenden Gemeinderatswahlen in Nordirland erheblich verschlechtert“ (FAZ vom 13.6.01). Auf Seiten der protestantischen Loyalisten musste die Ulster Unionist Party (UUP) unter dem Ersten Minister Nordirlands, David Trimble, bei den Wahlen dramatische Stimmenverluste hinnehmen und konnte gegenüber den Hardlinern unter Ian Paisley und seiner Democratic Unionist Party (DUP) nur noch einen hauchdünnen Vorsprung behaupten. Auf Seiten der katholischen Nationalisten gelang es mit der Sinn Fein dem politischen Arm der IRA die Zahl ihrer Sitze zu verdoppeln und zum ersten Mal an der gemäßigteren Social Democratic and Labour Party (SDLP) vorbei zu ziehen.

Von Aron Amm, Berlin

1998 trat das Karfreitags-Abkommen in Kraft. Vereinbart wurde damals ein Waffenstillstand und die Schaffung einer halbautonomen Regionalversammlung in Nordirland. Beide Seiten verkauften diese Vereinbarung senerzeit als Erfolg. Die Loyalisten brühten sich damit, dass eine Friedenserklärung unterzeichnet wurde, ohne einen Zusammenschluss mit der Republik Irland im Süden in Aussicht zu stellen. Die Nationalisten wiederum verwiesen in ihrem Lager darauf, dass sie mit Abgeordneten- und Ministerposten im Dail (Südirland) und in Stormont (Nordirland) dem Ziel von einem vereinigten Irland einen wesentlichen Schritt näher gekommen wären.

Friedens- oder Kriegsprozess?

Wer heute vom International Airport in die Stadt Belfast fährt, findet sich dank der zumeist vor Nässe glänzenden grünen Hügel an die Werbung für Rasierwasser und Deospray erinnert. Sobald man jedoch durch die Straßen Belfasts kommt, wird überdeutlich, dass die Polarisierung trotz aller „Friedensverhandlungen“ nicht abgenommen hat. Im Gegenteil. Mehr als früher leben protestantische und katholische Bevölkerungsgruppen heute voneinander getrennt – abgeschiedet durch so genannte Friedensmauern. Das Stadtzentrum Belfasts hat viel von einer lebendigen Großstadt; sobald die Geschäfte und Einrichtungen allerdings in den späten Nachmittagstunden schließen, erscheint das Zentrum in kürzester Zeit genauso ausgestorben wie jedes Provinznest.

Nach wie vor herrscht in Nordirland ein latenter Kriegszustand. Während es im ganzen letzten Jahr zu 50 Anschlägen auf katholische Wohnviertel kam, wurden allein in den ersten beiden Monaten diesen Jahres mehr als 50 Anschläge gezählt. Aber auch die protestantische Bevölkerung ist weiter das Ziel von Terrorakten. So wurde zum Beispiel ein protestantischer Taxifahrer in diesem Frühjahr Opfer eines der jüngsten Gewalttaten. Es verstreckt kein Tag, in dem die arbeitende Bevölkerung die unterschweligen Konflikte nicht zu spüren bekommt. Bezeichnenderweise trägt ein protestantisches Wohngebiet von Belfast den Beinamen „Klein Beirut“.

Neue Krisenherde

Wie die Socialist Party (SP), Mitgliedssektion im Komitee für eine Arbeiterinternationale (CWI), richtig voraussagte, wurde die Spaltung durch das Karfreitags-Abkommen nicht überwunden, sondern zementiert. Schlüsselfragen wie die Umstrukturierung des nordirischen Polizeiapparates, der Abzug der britischen Truppen oder die Entwaffnung der IRA sind weiterhin ungelöst.

In diesem Sommer ist die Zukunft des brüchigen „Friedensprozesses“ grundlegend gefährdet. Nicht genug mit dem Rückschlag für die Friedensnobelpreisträger John Hume (SDLP) und David Trimble (UUP) bei den Wahlen am 7. Juni. Mit der ersten Juliwoche beginnt die Marsch-Saison des protestantischen Oranier-Ordens. Außerdem jährt sich der Tod von Bobby Sands und neun weiteren hungerstreikenden Häftlingen und Anhängern der IRA sowie der Irish National Liberation Army (INLA) zum 20. Mal.

Dazu kommen die wachsenden Spannungen innerhalb beider Lager: Unter den Nationalisten nehmen die Konflikte zwischen der IRA und der Real IRA zu, unter den Loyalisten die Auseinandersetzungen zwischen den Unterstützern und Gegnern des Karfreitags-Abkommens.

Unter den arbeitenden Menschen existieren enorme Ängste vor einer Rückkehr zu

den Verhältnissen vor 1998. Da der „Friedensprozess“ jedoch keine Lösung für die grundlegenden Probleme in der ganzen Region beinhaltet und von ihm innewohnenden Widersprüchen gekennzeichnet ist, kann er dennoch jederzeit scheitern. „Dazu kommt, dass die Katholiken wegen der demographischen Entwicklung schon bald die Bevölkerungsmehrheit in Nordirland stellen werden“ (Handelsblatt vom 1.6.01).

Arbeitereinheit

Der Ursprung des Konflikts in der heutigen Form liegt in der Teile-und-herrsche-Politik der britischen Kapitalistenklasse, die mit dem Ziel verfolgt wurde, ihren Einfluss über Irland zu sichern. 1920-21 vollzog die herrschende Klasse Britanniens die Spaltung Irlands – weil sie fürchtete, dass der irische Unabhängigkeitskampf vor dem Hintergrund der russischen Revolution in eine sozialistische Massenbewegung münden könnte. Die Teilung schwächte die damaligen Streiks und Erhebungen entscheidend und untergrub die Einheit der irischen Arbeiterklasse. Das Ergebnis war ein ökonomisch rückständiger Staat im Süden, dominiert von irischen Unternehmern und der katholischen Kirche, und ein künstliches Gebilde im Norden Irlands, das unter der Fuchtel des britischen Kapitals steht, welches gemeinsame Sache mit den reaktionären Großgrundbesitzern und Kapitalisten Nordirlands machte, und die katholische Minderheit von Anfang an diskriminierte.

Begünstigt wurde die britische Bourgeoisie durch die Politik der nationalistischen

Ausgaben für ihre Gehälter von insgesamt 5 Millionen Pfund vor; das sind bis zu 3.000 Pfund (knapp 10.000 Mark) mehr für die einzelnen KollegInnen. Außerdem konnten erhöhte Krankengeld- und Rentenanträge ausgehandelt und der bezahlte Mutterschaftsurlaub ausgedehnt werden.

„Die Forderungen wurden nicht dank der Gewerkschaftsspitze, sondern trotz ihrer Blockadehaltung erstritten“, erklärte Patraig Mulholland von der Socialist Party und Mitglied im Vorstand von NIPSA (Northern Ireland Public Service Alliance) auf der SP-Veranstaltung zum 1. Mai diesen Jahres. „Schon im Juni letzten Jahres wollten die Verhandlungsführer der zuständigen Gewerkschaft NIPSA an den Belegschaften vorbei einer Einmalzahlung von 200 Pfund zustimmen. Der durchschlagende Erfolg im März 2001 ist ausschließlich auf die Kampfbereitschaft



Trotz Friedenserklärung herrscht weiterhin ein latenter Kriegszustand. Bereits 1998, im Jahr des Karfreitags-Abkommens, kamen in Omagh bei einem Bombenanschlag 28 Menschen ums Leben

Zwei Minderheiten

Die katholische Bevölkerung befindet sich im Norden Irlands, welches nur ein Anhängel Britanniens darstellt, in der Minderheit (40 Prozent der dortigen Bevölkerung). Demgegenüber fürchten die ProtestantInnen ein Minderheitendasein in einem Zusammenschluss des Nordens mit der Republik Irland im Süden. Die Spaltungslinien werden auf protestantischer Seite von den Loyalisten, auf katholischer Seite von den Nationalisten weiter vertieft.

Führer, die schon in den zwanziger Jahren darauf aus waren, den Klassenkampf zurück zu stellen, und die Frage der Unabhängigkeit von der Frage der Eigentumsverhältnisse zu trennen.

Auch die 1968 einsetzende Bürgerrechtsbewegung, die das Regime in Nordirland in seinen Grundfesten erschütterte, bot in den Anfängen enormes Potenzial für einen gemeinsamen Kampf von katholischen und protestantischen ArbeiterInnen für demokratische Rechte und bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen. Tragischerweise waren Angehörige der katholischen Mittelklasse in der Zeit nach 1968 entscheidenden Einfluss und beschränkten die Forderungen auf die Rechte der katholischen Bevölkerung. Der Einmarsch der britischen Truppen und die bürgerkriegsähnlichen Verhältnisse führten dazu, dass zwischen 1969 und 1994 3.000 Menschen den Tod fanden und 26.000 verwundet wurden.

Für die arbeitende Bevölkerung und die unterdrückten Massen in Nord- und Südirland gibt es aber nur einen Ausweg, wenn das Übel an der Wurzel gefasst wird. Die Wurzel sind die kapitalistischen Verhältnisse selbst. Die zentrale Lehre aus der Geschichte der irischen Arbeiterbewegung besteht darin, dass die Spaltung zwischen katholischen und protestantischen ArbeiterInnen und Arbeitslosen überwunden werden kann – allerdings nur, wenn die nationale Frage mit der sozialen Frage verbunden wird. Auch wenn die Arbeitslosenzahlen unter den Katholiken in Nordirland höher liegen, sind beide Seiten von Arbeitsetze, Lohndumping oder dem Ausverkauf des öffentlichen Dienstes betroffen.

Bis heute sind die meisten Arbeitsplätze gemischt. Bis heute sind die meisten Gewerkschaften gemischt. Bis heute haben die Gewerkschaften 220.000 Mitglieder. Der Schlüssel für eine grundlegende Veränderung liegt im Kampf für Arbeitereinheit und eine sozialistische Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft. Trotz aller Polarisierung kam es gerade in der letzten Zeit zu bedeutenden Arbeitskämpfen, die sowohl für die katholischen als auch die protestantischen Lohnabhängigen eine Alternative zur Politik der Nationalisten und Loyalisten aufzeigten, und den Boden bereiten können für den Aufbau einer neuen Arbeiterpartei.

Gegenwehr

In diesem Frühjahr ging ein zwei Jahre andauernder Arbeitskampf von Beschäftigten im Schulwesen erfolgreich zu Ende. Die 5.000 Beschäftigten hatten bislang während der Ferienwochen keinen einzigen Penny erhalten. Der neue Vertrag sieht zusätzliche

und die Ausdauer der Beschäftigten zurück zu führen: Kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit, Unterschriftensammlungen in Einkaufszentren und ein tägliche Streikmaßnahmen auf wöchentlicher Basis auf dem Höhepunkt des Konflikts. „Der Kampf wurde weitgehend an der gewerkschaftlichen Bürokratie vorbei durch Gewerkschaftslinken, darunter nicht zuletzt die Mitglieder der Socialist Party, organisiert. So war es zum Beispiel der SP vorbehalten, die notwendige Informationspolitik sicher zu stellen und regelmäßige Versammlungen zum Stand der Verhandlungen abzuhalten.“

Auf der Grundlage dieses Arbeitskampfes konnte die Gewerkschaftslinken im Februar 2001 auch einen Durchbruch beim jüngsten Gewerkschaftskongress von NIPSA erreichen. Bei den Vorstandswahlen wurde die absolute Mehrheit nur um Haarsbreite verpasst. Die Linke eroberte 12 von 25 Sitzen im höchsten nationalen Gremium von NIPSA, nachdem sie zuvor nur 2 Sitze inne hatte. Unter den 12 linken Vorstandsmitgliedern gehören auch 4 der Socialist Party an. Die Gewerkschaftslinken kandidierte unter dem Motto „Zeit für Veränderung – Erobert euch eure Gewerkschaft zurück“.

Nicht nur beim Arbeitskampf der Beschäftigten im Schulwesen konnten im Frühling diesen Jahres Zugeständnisse abgetrotzt werden, sondern auch bei einem Streik im Gesundheitswesen und beim Kampf gegen Lohndumping. „Unsere in erster Linie von Jugendlichen getragene Kam-

EU-Referendum

Schlapper für die irische



Regierung

Joe Higgins, irischer Parlamentsabgeordneter für die Socialist Party, zum EU-Referendum am 7. Juni: „Bei der Volksbefragung zum

EU-Vertrag von Nizza stimmten 54 Prozent mit Nein. Das war ein Schlag ins Gesicht der irischen Regierungsvertreter und der Vertreter von Wirtschaft, Kirche, Gewerkschaftsbürokratie und des ganzen Establishments. Trotz des Trommelfeuers der Herrschenden lehnte eine Mehrheit den EU-Vertrag ab, weil ein tiefes Misstrauen

pagne für einen gesetzlichen Mindestlohn von 5 Pfund pro Stunde konnte Anfang April 30.000 Unterschriften im Regionalparlament einreichen“, so Gary Mulcahy von der SP. „Auf diesem Weg kam unsere Forderung in Stormont auf die Tagesordnung und fand sogar Unterstützung.“ Zwar liegt die Gesetzeshoheit in dieser Frage im Londoner Westminster, aber die von der Socialist Party und der Socialist Youth initiierte Kampagne konnte den Druck auf das Establishment bereits enorm erhöhen.

Noch bevor Nordirland von der beginnenden Wirtschaftskrise voll erfasst wurde, wird die Ausplünderung vom öffentlichen Dienst weiter forciert. Vor kurzem organisierten betroffene Eltern bereits eine erste Protestlobby gegen die Teilprivatisierung einer Schule. AktivistInnen für den Erhalt der Notdienste des Krankenhauses Downpatrick stellten drei Kandidaten bei den jüngsten Gemeinderatswahlen auf. Der Privatisierungskurs wird sowohl von den Loyalisten, als auch von den Nationalisten mitgetragen – ob David Trimble (UUP) oder Ian Paisley (DUP), ob Gerry Adams (Sinn Fein) oder John Hume (SDLP). Die Gesundheitsministerin de Bruin (Sinn Fein) verkündete kurz vor dem Wahltag: „Wir müssen realistisch bleiben, die öffentlichen Gelder sind knapp. Wir können nichts versprechen, was wir nicht halten können.“ Während dessen beschlossen die gleichen Politiker für sich in der Regionalversammlung Diätenerhöhungen von 30 Prozent.

Um eine grundlegende Veränderung für die katholische und protestantische Arbeiterklasse zu erreichen, und ein erneutes Abgleiten in bürgerkriegsähnliche Verhältnisse zwischen Protestanten und Katholiken abzuwenden, muss der Kampf für demokratische und soziale Rechte von ArbeiterInnen und Jugendlichen in Nord- und Südirland und in ganz Britannien mit dem Kampf für ein sozialistisches Irland und für eine sozialistische Föderation von Irland und Britannien auf freiwilliger und demokratischer Basis verbunden werden. ■

Antifaschistischer Streik in Genua

Für den 30. Juni hat die rechtsextreme Kampforganisation Forze Nuove einen Gegengipfel und eine Demonstration gegen das G7/G8-Treffen in Genua angesetzt. Der Termin wurde nicht willkürlich gewählt. Am 30. Juni 1960 kam es zu einer Straßenschlacht zwischen Hafnarbeitern und Faschisten, weil diese darauf aus waren, eine Streikbewegung für sich zu vereinbaren. Diese Auseinandersetzung besiegelte damals das Ende der Regierung Tambroni.

Durch die neue Regierungsbildung unter Berlusconi und Fini, dem Führer der Nachfolgepartei der faschistischen MSI, fühlen sich die Faschisten zu dieser Provokation ermutigt. Aber auch diesmal drohen ihnen Prügel. Die Hafnarbeiter wollen in den Streik treten, die Gewerkschaft CGIL hat einen Solidaritätsstreik ausgerufen.

Bundeswehr nach Makedonien?

Die NATO plant 3.000 Soldaten gegen die Proteste der albanischen Minderheit in Makedonien einzusetzen. Schröder und seine Ministerriege signalisierten auf ihrer Kabinetsitzung am 20. Juni, mit der Bundeswehr mitmischen zu wollen. Makedonien könnte nach Bosnien und dem Kosovo das dritte „Protektorat“ der NATO auf dem Balkan werden.

Als die NATO vor zwei Jahren Krieg gegen Serbien führte, behauptete die Allianz, dass sie damit die Interessen der AlbanerInnen im Kosovo verteidigen würde. Heute bestätigt sich, dass sie schon damals auch Krieg führte, um albanische Rebellen der UCK unter Kontrolle zu bekommen und die Unabhängigkeit für Kosovo zu verhindern.

Danone-Betriebsbesetzung

Der Lebensmittelkonzern plant die Schließung eines Werkes in Calais. Daraufhin trat die dortige Belegschaft in den Ausstand und besetzte die Fabrik für einen Monat. Diese Arbeitsniederlegung führte zu einer Großdemonstration in der Stadt, an der sich 10.000 ArbeiterInnen beteiligten. Dieser Protest gab auch den Anstoß zu einer nationalen Demonstration in Paris.

Am Samstag, den 9. Juni demonstrierten 20.000 von Arbeitsplatzvernichtung bedrohte Beschäftigte in der französischen Hauptstadt. GewerkschaftsaktivistInnen von AOM-Air Liberte in Paris, Motorola in Toulouse und anderen Betrieben riefen eine Aktivisten-Versammlung ein, um Forderungen und weitere Kampfstritte zu diskutieren. 350 Gewerkschaftsfunktionäre, betriebliche AktivistInnen und Vertreter linker Organisationen und Parteien nahmen an der Versammlung teil.

Straßenschlacht in Südkorea

Nach der Erstürmung einer besetzten Fabrik in der südkoreanischen Industriestadt Ulsan leisteten die streikenden ArbeiterInnen der massiven Polizeigewalt standhalten erbitterte Gegenwehr. Mehrere Dutzend DemonstrantInnen wurden vom festgenommen.

Zuvor hatten sich die Streikenden mit Händen und Füßen gegen die gewaltsame Räumung einer Betriebsbesetzung durch 3.000 Bereitschaftspolizisten gewehrt. Zwei Wochen lang konnten die Beschäftigten die petrochemische Fabrik der Hyosung Company besetzt halten, um gegen die von der Konzernleitung angekündigten Rationalisierungsmaßnahmen zu protestieren. Die Streikenden gaben trotz der Räumungsaktion nicht klein bei, und setzten ihre Proteste auf den Straßen von Ulsan fort, wo sie wiederholt von Polizeieinheiten attackiert wurden. Wenige Tage später, am 12. Juni, traten Zehntausende Beschäftigte aus mehr als 120 Werken in den Ausstand. Die Polizeischikanen konnten sie nicht davon abhalten, den Protest gegen Entlassungen und Werkschließungen massenhaft auf die Straße zu tragen.

Was will die SAV?

Fast jede/r macht sich Sorgen um die Zukunft. Kein Zufall, denn mit der Marktwirtschaft geht es abwärts. Die Krise der Weltwirtschaft weitet sich aus. Die sozialen Folgen sind noch nicht abzusehen. Arbeitslosigkeit und Sozialabbau haben sich schon im Aufschwung verschlimmert. Weltweit finden Hunger, Elend und Kriege täglich neue Opfer. Die Zerstörung der Umwelt schreitet fort. All das hat System und das System heißt Kapitalismus.

Großkonzerne und Banken treffen ihre Entscheidungen nach Profitinteressen. Eine Minderheit besitzt die Fabriken, Banken, Immobilien und verfügt über den gesamten Reichtum. Weltweit besitzen 358 Milliardäre fast soviel wie 50 Prozent der Weltbevölkerung an Einkommen haben. Die Marktwirtschaft bietet keine Zukunft.

Widerstand

Wir organisieren Gegenwehr gegen Arbeitsplatz- und Sozialabbau, Umweltzerstörung, gegen die Diskriminierung von Frauen, gegen Rassismus und Neonazis. Wir sind aktiv in Gewerkschaften, Betrieben, Schulen, Hochschulen und Stadtteilen. Die SAV tritt für kämpferische und demokratische Gewerkschaften ein. Wir beteiligen uns am Aufbau von innergewerkschaftlichen Oppositionsgruppen und anderen Zusammenschlüssen von kritischen und kämpferischen KollegInnen.

SAV

Die Sozialistische Alternative – SAV wurde 1994 um die sozialistische Zeitung VORAN gegründet. Gründungsmitglieder waren aktive AntifaschistInnen, kritische GewerkschafterInnen, JungsozialistInnen, linke SPD- und PDS-Mitglieder. Die SAV ist demokratisch aufgebaut. Wir setzen uns in der Arbeiterbewegung dafür ein, dass gewählte Vertreter nicht mehr verdienen, als einen durchschnittlichen Arbeitnehmereinkommen. Dieses Prinzip setzen wir bei uns selber um.

Solidarität

Um an der Macht zu bleiben, müssen die Herrschenden versuchen, die Massen der arbeitenden Bevölkerung gegeneinander auszuspielen. Gemeinsamer Widerstand ist notwendig: Arbeitende, Arbeitslose, AusländerInnen und Deutsche, Frauen und Männer, jung und alt. Der Kapitalismus ist international, der Kampf dagegen auch. Die SAV hat sich mit sozialistischen Organisationen und Parteien aus über 30 Ländern im Komitee für eine Arbeiterinternationale zusammengeschlossen um den Kampf über Ländergrenzen hinweg organisieren zu können.

Neue sozialistische Arbeiterpartei

Die SPD/Grünen-Bundesregierung hat unter Beweis

gestellt, dass sie die Macht und die Herrschaft der Banken und Konzerne nicht in Frage stellt, sondern ihre Politik nach den Interessen der Reichen und Superreichen ausrichtet. Die Krise der Marktwirtschaft wird auch unter der Schröder/Fischer-Regierung auf die Masse der Bevölkerung abgewälzt. Sozialabbau und Privatisierungen auf der einen Seite und Steuergeschenke an die Unternehmer auf der anderen Seite sind auch nach dem Regierungswechsel an der Tagesordnung geblieben. Einen Politikwechsel hat es nicht gegeben. Neu ist nur, dass Deutschland wieder Kriege führt. Die PDS wird ihrem Anspruch sozialistische Opposition zu sein nicht gerecht. Sie nutzt ihre Unterstützung unter ArbeiterInnen, Arbeitslosen und Jugendlichen nicht, um außerparlamentarischen Widerstand zu organisieren. Stattdessen hat sie auf Kommunal- und auf Länderebene begonnen, Privatisierungen und Kürzungen mitzutragen. Die PDS akzeptiert die Marktwirtschaft und damit auch die Folgen der Krise der Marktwirtschaft für die Masse der Bevölkerung.

Um den Kapitalismus abzuschaffen und durch eine sozialistische Demokratie zu ersetzen, bedarf es einer revolutionären, sozialistischen Massenpartei. Die SAV baut eine solche Partei auf.

Heute hat die Arbeiterklasse keine Massenpartei, die ihre politische Vertretung darstellt. Eine neue Massenpartei von ArbeiterInnen und Jugendlichen wäre ein großer Fortschritt, selbst wenn diese kein konsequentes sozialistisches Programm vertreten würde. Sie würde Massen von ArbeiterInnen und Jugendlichen die Möglichkeit geben, sich von den bürgerlichen Parteien unabhängig zu organisieren und für ihre Interessen einzutreten. Die SAV tritt in jeder Situation für die Einheit der Arbeiterklasse in der Aktion ein und wird Ansätze zu neuen, breiten Arbeiterparteien unterstützen.

Die SAV verbindet den Kampf um Verbesserungen mit dem Kampf für eine sozialistische Gesellschaft.

Sozialismus

Bei planmäßigem und sinnvollem Einsatz von Wissenschaft und Technik wäre es möglich, allen Menschen ein menschenwürdiges Leben zu garantieren. Das Übel muß an der Wurzel gepackt werden, der Kapitalismus gehört abgeschafft. Es gibt eine Alternative zu dem heutigen System. Die Alternative ist Sozialismus, eine Gesellschaft ohne Armut, Ausbeutung und Unterdrückung. Sozialismus braucht Demokratie wie der Körper Sauerstoff. Wir wollen weder die Diktatur einer Bürokratie, wie früher im Osten, noch die Diktatur der Konzerne und Banken.

Die großen Konzerne, Banken und Versicherungen müssen enteignet, in Gemeineigentum überführt und unter demokratische Kontrolle gestellt werden. Wir brauchen eine geplante Wirtschaft, in der die Bedürfnisse der Mehrheit der Menschen entscheiden und

SAV kämpft gegen Demontage des

Demonstrationsrechts

Während die etablierten Politiker und Parteien in Deutschland kurz vor dem vierzigsten Jahrestag des Berliner Mauerbaus alles tun, um dieses Ereignis (wofür nicht SozialistInnen, sondern Stalinisten verantwortlich sind) in den Mittelpunkt der öffentlichen Aufmerksamkeit stellen, werden in der EU neue Mauern errichtet. Am 16. Juni wurden im schwedischen Göteborg Hunderte von EU-Gegnern aus verschiedenen Ländern Europas daran gehindert, gegen den EU-Gipfel zu demonstrieren.

Von den deutschen DemonstrantInnen, die laut Spiegel 26/2001 „vornehmlich von trotzkistischen Linken, die sich etwa in der SAV organisieren, mobilisiert wurden“, waren 120 von Hamburg und Rostock aus in zwei (von Widerstand International und SAV organisierten) Bussen angereist. Nicht wie DemonstrantInnen sondern wie Schwerkverbrecher behandelt, wurden sie zwanzig Stunden festgehalten.

Die SAV gab angesichts dieser neuen Qualität staatlicher Repressalien nicht klein bei, sondern trat sofort an die Öffentlichkeit, startete Presseerklärungen und -konferenzen und führte Lobbyis und Protestkündigungen vor schwedischen Botschaften und Konsulaten durch. In Hamburg kamen nach einer ersten Demo direkt am Tag des EU-Gipfels zu einer kurzfristig organisierten Aktion am 18. Juni 30 TeilnehmerInnen



(siehe Fotos). In Berlin beteiligte sich die SAV am gleichen Tag auch an einer Demonstration von 300 Personen, auf der Natalie Oswald für die SAV sprechen konnte. Außerdem wurden Veranstaltungen angesetzt, rechtliche Schritte geplant und Protestschreiben vorbereitet. Alexandra Arnsburg, Mitglied des Betriebsjugendausschusses der Telekom Berlin, brachte dort bereits eine

Resolution ein. Viele Jugendliche und ArbeiterInnen, die im Zuge der Kampagne gegen den EU-Gipfel in Göteborg die SAV kennen gelernt haben, überlegen in unsere Partei einzutreten. In Hamburg bekundeten bei einem Infostand in Altona eine Woche vor dem EU-Gipfel sieben PassantInnen Interesse an weiteren Gesprächen. Allein in der Berliner Ortsgruppe Prenzlauer Berg-Nord kamen acht Besucher zum SAV-Treffen in der Woche

Jetzt bestellen

Eine kritische Auseinandersetzung mit Theorie & Praxis von Linksruck

6,50 DM

Das Frauenprogramm der SAV

5,- DM

Castros Kuba eine marxistische Kritik

116 Seiten
Preis: 15,-
ISBN: 3-00-007685-9

Spenden-Ticker

Folgender Bericht erreichte uns von Gaetan Kayitara aus Aachen: "Im Rahmen des Aktionstages am 16. Juni in der Aachener Innenstadt sammelte ich Unterstützungsunterschriften für die Demonstration gegen den G8 in Genue am 21. Juli. Die ersten 2 UnterzeichnerInnen spendeten je 5 Mark. Als der dritte auch 5 Mark spendete, meinte ich bloß zu ihm: "Heute scheint es eine 5 Mark-Einheitsspende zu geben". Er sagte dann, er hätte gedacht 5 Mark wäre ein fester Beitrag für die, die nicht mitfahren können. Ich erklärte ihm, dass der erste Unterzeichner bloß 5 Mark gespendet

hat und nun alle anderen dasselbe machen. Daraufhin erhöhte er seine Spende auf 10 Mark mit dem Kommentar: „Vielleicht spenden die Nachfolgenden ja dann auch 10 Mark“. Die vielen kleinen und etwas größeren Spenden brauchen wir auch den Sommer über, denn Miete, Telefon und anderes muss auch in den Sommermonaten bezahlt werden. Um trotz Urlaubszeit genug Einnahmen für den Spendenfonds zu bekommen, sollten alle Ortsgruppen Sonderaktionen planen. So konnte zum Beispiel die Hamburger Ortsgruppe auf dem Christopher Street Day durch den

Verkauf von Trillerpfeifen und politischem Material 1.032 Mark einnehmen. Überall laufen jetzt Festivals und Konzerte, die wir nutzen können, um Geld für den Spendenfonds zu sammeln und den Leuten ein politisches Angebot zu machen.

Spendenappell

Ziel: 17.300 Mark
Bisher eingegangen: 7.025 Mark (Stand: 22.6.01)
Jetzt schnell Spendenversprechen einlösen!

Wofür wir kämpfen:

- Arbeit für alle**
 - ★ Öffentliche Investitionen und Neueinstellungen in den Bereichen Umweltschutz, Bus und Bahn, Wohnen, Kindergärten, Bildung und Ausbildung, Gesundheitswesen, Altenpflege – Finanzierung mit den Milliardengewinnen der Banken und Konzerne und den Geldern, die sich in den Taschen der Superreichen befinden
 - ★ Verteilung der Arbeit auf alle 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich
 - ★ Mindestsicherung (Mindestlohn, Mindestrente) von 2000 Mark netto
 - ★ Gleicher Lohn in Ost und West
 - ★ Rücknahme aller Sozialabbau- und Kürzungsmaßnahmen der Kohl-Regierung und der SPD/Grünen Koalition
 - ★ Nein zu Privatisierungen
 - ★ Für ein öffentliches, kostenloses Gesundheitswesen
- Jugend**
 - ★ Einstellung aller arbeitslosen LehrerInnen und Senkung der Klassenstärke auf maximal 15 SchülerInnen sowie Einführung der integrierten Gesamtschule als Regelschule
 - ★ Nein zu Studiengebühren Einführung eines elternunabhängigen und darlehensfreien BafoG von 1500 Mark netto
 - ★ Qualifizierte Ausbildung für jede/n und unbefristete Übernahme im erlernten Beruf Einführung einer Ausbildungsplatzabgabe aller Unternehmen Schaffung von öffentlichen, überbetrieblichen Ausbildungszentren
 - ★ Für staatlich finanzierte, selbstverwaltete Jugendzentren in jedem Stadtteil
- Frauen**
 - ★ Gleicher Lohn für gleiche Arbeit
 - ★ Weg mit dem Paragraph 218
 - ★ Kostenlose Kinderbetreuung vom 1. bis zum 13. Lebensjahr
- Keinen Fußbreit den Nazis**
 - ★ Mobilisierung zur Verhinderung aller Nazi-Aktivitäten

- Gegen staatlichen Rassismus**
 - ★ Weg mit den Ausländergesetzen
 - ★ Wahrecht und gleiche Rechte für alle in Deutschland lebenden Menschen
 - ★ Keine Abschiebungen
- Umweltschutz**
 - ★ Sofortige Stilllegung aller Atomkraftwerke und Stopp von umweltzerstörender Produktion, Ersatzarbeitsplätze für die Beschäftigten
 - ★ Ausbau des öffentlichen Verkehrs
- Bezahlbare Wohnungen**
 - ★ Öffentliches Wohnungsbauprogramm von einer Million Wohnungen pro Jahr
 - ★ Verbot von Maklertätigkeit, kostenlose kommunale Wohnungsvermittlung
- Abrüstung jetzt**
 - ★ Gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr
 - ★ Stopp von Rüstungsexporten, Umstellung der Rüstungsindustrie auf zivile Produktion
- Für kämpferische und demokratische Gewerkschaften**
 - ★ Nein zu Lohnverzicht
 - Nein zu Bündnissen und Runden Tischen mit Unternehmern und Regierung
 - ★ Funktionäre dürfen nicht mehr verdienen als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn
- Nein zum Europa des Kapitals**
 - ★ Gemeinsamer internationaler Kampf gegen Sozialabbau
 - ★ Nein zum "Euro"
 - Nein zur Europäischen Währungsunion
- Für eine sozialistische Demokratie**
 - ★ Überführung der Banken, Konzerne und Versicherungen in Gemeineigentum
 - ★ Demokratische Kontrolle und Verwaltung durch die arbeitende Bevölkerung
 - ★ Keine überbezahlten und korrupten Manager und Bürokraten in Wirtschaft und Verwaltung Demokratische Wahl aller Personen in Leitungsfunktionen
 - ★ Statt Produktion für den Profit – Produktion für die Bedürfnisse der Menschen

VORAN
Littenstr. 106/107, 10179 Berlin
Telefon: (030) 24723802,
Fax (030) 24723804,
e-mail:redaktion@sav-online.de

Überregionale marxistische Monatszeitung – erscheint seit 1973
Herausgeber: Sozialistische Alternative (VORAN) e.V.
Verantwortlicher Redakteur: Aron Amm
Erscheinungsweise: Monatlich
Druck: Caro Druck GmbH, Frankfurt a.M.
Bankverbindung:
Postbank Essen (BLZ 360 100 43) Konto 2500 59-430

<http://www.sav-online.de>

Sozialistische Alternative – Ortsgruppen

- Aachen**
OG Ost: Dienstags, 19 Uhr, im SAV-Büro, Eifelstr. 13
OG Nord: Mittwochs, 19 Uhr, SAV-Büro, Eifelstr.13
OG Mitte/West: Mittwochs, 19 Uhr, Ché-Haus, Pontstr. 41
☎ 0241 - 50 86 85 e-Mail: aachen@sav-online.de
- Berlin**
OG Prenzlauer Berg - Nord: Mittwochs, 19 Uhr, im Mädchentreff Lotte, Lottumstr./Ecke Christinenstr. (Eingang Christinenstr.) U-Bhf. R.-Luxemburgplatz
OG Prenzlauer Berg - Süd: Donnerstags, 19 Uhr, Kiez-Club, Winsstr. 42 (S-Bahn Prenzlauer Allee)
OG Treptow-Köpenick: ☎ 030 - 44 08 429
☎ 030 - 44 08 429 e-Mail: berlin@sav-online.de
- Bremen**
Mittwochs, 19 Uhr, im „Freizi“ Friese, Friesenstr. 110 (Haltestelle Linie 2, 3, 10 Brunnenstr.)
☎ 0421 - 5 57 68 97 e-Mail: bremen@sav-online.de
- Bremerhaven**
Infos unter ☎ 030 - 24 72 38 02 bei der SAV-Bundeszentrale oder e-Mail: savbhv@aol.com
- Dresden**
Infos unter ☎ 030 - 24 72 38 02 bei der SAV-Bundeszentrale
- Freiburg**
Sonntags, 18 Uhr, SAV-Büro, Krozinger Str. 58
☎ 0761 - 4 16 32 e-Mail: savfr@aol.com
- Greifswald**
Infos unter ☎ 030 - 24 72 38 02 bei der SAV-Bundeszentrale
- Hamburg**
Donnerstags, 19 Uhr, GWA St. Pauli, Hamburger Hochstr. 2/H.-Köllisch-Platz (S-Bahn Reeperbahn)
e-Mail: hamburg@sav-online.de
- Kassel**
Montags, 19 Uhr, Kulturzentrum Schlachthof, Mombachstr. 12
☎ 0561 - 92 235 22 e-Mail: kassel@sav-online.de
- Heinsberg**
Infos über Marcus 0172 - 1014123
- Köln**
OG Innenstadt: Donnerstags, 19 Uhr, Alte Feuerwache, Melchiorstr. 3 (U-Bhf Ebertplatz)
OG Kalk: Donnerstags, 19.30 Uhr, Naturfreundehaus, Kapellenstr. 9 a (U-Bahn Kalk Kapelle)
☎ 0221 - 83 06 381 e-Mail: koeln@sav-online.de
- Rostock**
OG Innenstadt: Donnerstags, 19 Uhr, SAV-Büro, Augustenstr. 92 (Eingang über Grüner Weg)
OG Dierkow: Donnerstags 19 Uhr, Kita der Volkssolidarität, J.-Chr.-Wilkenstr. 1 (Endhaltestelle Linie 2)
☎ 0381 - 499 65 90 e-Mail: rostock@sav-online.de
- Siegen**
Mittwochs, 19 Uhr, Zentrum für Friedenskultur, Alte Poststr. 14-16 (Oberstadt)
e-Mail: siegen@sav-online.de
- Stuttgart**
OG Süd/Ost: Dienstags, 19.30 Uhr, AWO Ost, Ostendstr. 77/1 (Haltestelle Ostendplatz),
OG Nord/West: Mittwochs, 19.30 Uhr, Naturfreunde-laden Senefelderstr. 19 (Haltestelle Feuersee)
☎ 01787 - 24 24 42 e-Mail: stuttgart@sav-online.de
- Trier**
Infos unter ☎ 030 - 24 72 38 02 bei der SAV-Bundeszentrale oder e-Mail: trier@sav-online.de
- Sonstige**
Kontakt zu folgenden Städten: Cottbus, Bad Berleburg, Darmstadt, Düsseldorf, Duisburg, Essen, Frankfurt/Main, Karlsruhe, Kiel, Münster, Solingen, über die SAV-Bundeszentrale ☎ 030 - 24 72 38 02

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 25. Juni
Die nächste VORAN erscheint am 31. August

Proteste gegen EU-Gipfel

Göteborg im Ausnahmezustand

Vom 14.-16. Juni protestierten Zehntausende gegen US-Präsident Bush und den EU-Gipfel im schwedischen Göteborg. Dies waren die größten Demonstrationen in Schweden seit vielen Jahren.

Tausende von Menschen aus ganz Skandinavien und Europa waren nach Göteborg gekommen. Schon am Donnerstagabend beteiligten sich über 15.000 Menschen an einer Demo gegen US-Präsident Bush.

Bereits am Morgen dieses Tages hatte die Polizei versucht, DemonstrantInnen einzuschüchtern, indem sie eine Schule mit Eisencontainern hermetisch abriegelte. Diese Schule war als Unterkunft und als Organisationsraum genutzt worden.

Eisencontainer, Hundestaffeln...

Am Freitag morgen fand anlässlich des Auftakts des EU-Gipfels eine Protestkundgebung mit 4000 TeilnehmerInnen statt. Organisiert wurde diese Kundgebung von „Göteborg 2001“, einem breiten Netzwerk aus 80 verschiedenen Organisationen. Anschließend organisierten verschiedene linke Gruppen und Parteien, unter ihnen die schwedische Schwesterpartei der SAV, einen „Antikapitalistischen Marsch“ von 2.000 TeilnehmerInnen. Unmittelbar nachdem sich diese Demo in Bewegung gesetzt hatte, wurde sie von

der Polizei gestoppt. Plötzlich griff die Polizei mit Hundestaffeln, Schlagstöcken und berittenen Einheiten an und trieb die Demo auseinander.

... und scharfe Munition

Im Anschluss an eine weitere Demo mit 20.000 TeilnehmerInnen, die sich gegen Schwedens Mitgliedschaft in der EU und gegen die Währungsunion richtete, versammelten sich Hunderte von Jugendlichen zu einem Straßenfest. Dieses Fest wurde von der Polizei wiederholt brutal gestört. Als sich daraufhin einige Jugendliche zur Wehr setzten, schoss die Polizei ohne Vorwarnung und mit scharfer Munition. Dabei wurden drei Jugendliche schwer verletzt, einer lebensgefährlich. Das war das erste Mal seit den dreißiger Jahren, dass die schwedische Polizei auf DemonstrantInnen Schüsse abfeuerte.

Großdemo am 16. Juni

Trotz faktischem Ausnahmezustand demonstrierten am 16. Juni 25.000 Menschen friedlich in den Straßen von Göteborg. Am Nachmittag versammelten sich 500 Menschen, um gegen den Polizeierror zu protestieren. Sie wurden eingekesselt und stundenlang festgehalten. In der darauffolgenden Nacht durchsuchte eine Spezialeinheit eine Schule, in der sich eine Volksküche

befand und hundert EU-Gegner übernachteten. Diese wurden mit vorgehaltener Maschinenpistole gezwungen, trotz Kälte und Regen eine Stunde im Freien auf dem nassen Boden zu liegen. Als Polizisten nach der Begründung gefragt wurden, antworteten sie: „Gestern wart ihr am Drücker, heute sind wir es.“ In Göteborg wurde ein Drittel der gesamten schwedischen Polizei aufgeboten.

Rättvispartiet Socialisterna, die schwedische Sektion vom CWI, spielte bei den Protesten eine wichtige Rolle. Rättvispartiet Socialisterna verkaufte über 1.000 Zeitungen und konnte 9 neue Mitglieder gewinnen.

CWI-Mitglieder aus Belgien, Irland, USA, Tschechien, Britannien und Deutschland beteiligten sich ebenfalls an den Protesten. Auf der Abschlusskundgebung der Demo am Sonntag sprach auch Joe Higgins, der für die Socialist Party im irischen Parlament sitzt. Er verurteilte unter anderem die Polizeibrutalität und wies darauf hin, dass zwei Busse, die von WI und SAV organisiert worden waren, von der schwedischen Polizei den ganzen Samstag festgehalten wurden.

Antje Zander, Berlin



Nachrichten aus der Internationale

Die SAV ist Mitglied im Komitee für eine Arbeiterinternationale (CWI - Committee for a Workers International). Das CWI setzt sich für die internationale Einheit der ArbeiterInnen ein und organisiert grenzüberschreitende Gegenwehr und Solidarität. Ziel ist die weltweite Abschaffung des kapitalistischen Profitsystems und der Aufbau einer Föderation sozialistischer Demokratien. Das CWI hat Parteien und Gruppen in über 30 Ländern auf allen Kontinenten.

Britannien

Drei Wochen nach den Parlamentswahlen konnten Mitglieder der Socialist Party (SP) auf der nationalen Konferenz der Gewerkschaft UNISON einen bedeutenden Erfolg erzielen. UNISON ist die größte britische Gewerkschaft und organisiert überwiegend Beschäftigte des öffentlichen Dienstes.

SP-Mitglied Glenn Kelly bekam am 20. Juni eine Mehrheit für seinen Antrag, die traditionellen Wahlkampfgelder der Gewerkschaft für die Labour Party in Frage zu stellen. Die Resolution unter dem Titel „Labour, was machst du mit unserem Geld“ erhielt 478.088 Stimmen (berücksichtigt sind hier nicht nur die einzelnen Delegiertenstimmen, sondern die Mitglieder der Gewerkschaftsgliederungen). Demgegenüber kamen die Vertreter der Gewerkschaftsbürokratie nur auf 386.226 Stimmen.

In seiner Rede vor der Abstimmung sagte Glenn Kelly: „Wir haben Labours Wahlkampf-Fonds 75.000 Pfund genau zu dem Zeitpunkt überlassen, als New Labour die Krankenhausbeschäftigten von Dudley dem privaten Sektor überlassen hat. Die Tories leiteten Privatisierungsmaßnahmen in einer Klinik ein; Labour in 38 Kliniken. Heute hat ein Labour-Stadtrat in Hackney Entlassungsschreiben an unsere Mitglieder verschickt, weil sie sich weigerten, Gehaltskürzungen hinzunehmen. Diese Partei vertritt nicht unsere Interessen.“

Australien

Inzwischen hat die internationale antikapitalistische Bewegung auch Australien erreicht. Nach den großen Protesten gegen das Weltwirtschaftsforum im September 2000, an denen sich die Mitglieder der Socialist Party mit der Mobilisierung der Bauarbeiter-Gewerkschaft und der Durchführung eines Schülerstreiks durchführten, kam es ebenfalls zu antikapitalistischen Aktionen am diesjährigen 1. Mai.

Vor diesem Hintergrund hat die Socialist Party die Initiative für die Gründung der Jugendorganisation Young Socialist League ergriffen. Kürzlich stellte Young Socialist League in Melbourne erfolgreich ein „Rock gegen Rassismus“-Konzert auf die Beine, das Hunderte von Jugendlichen anzog.

Mitglieder von Socialist Party und Young Socialist League organisierten auch eine Kampagne gegen die Schließung einer Skateboard-Anlage mitten in Melbourne. Als vorläufiger Höhepunkt wurde eine sehr lebendige, kämpferische Demonstration auf die Beine gestellt, bei der viele Jugendliche und Skater ihr Anliegen einer größeren Öffentlichkeit vermittelten, gegen die Interessen privater Unternehmer protestierten und den Ausbau nichtkommerzieller Freizeitangebote forderten. SP-Mitgliedern gelang es auch, die Unterstützung der Bauarbeiter-Gewerkschaft für den Erhalt der Skateboard-Anlage zu gewinnen.

Adresse: CWI, PO Box 3688, London E11 1YE, GB
Tel.: 0044 20 8558 5814
Fax : 0044 20 8988 8793
e-Mail: CWI@worldsoc.co.uk
www.worldsocialist-cwi.org



SAV-Stellungnahme zur Polizeigewalt beim EU-Gipfel in Göteborg Der Kriminalisierung der antikapitalistischen Bewegung entgegentreten



Joe Higgins, Parlamentsabgeordneter für die irische Socialist Party, kritisierte bei seiner Rede am 16. Juni auf der Abschlusskundgebung in Göteborg in aller Schärfe die

Das Bild, das von Göteborg aus um die Welt geht, ist ein Bild von „sinnloser Gewalt“ (Bundesaußenminister Fischer). Dieses Bild entspricht aber nicht der Wirklichkeit. Dieses Bild wurde von den Regierungsvertretern und den bürgerlichen Medien bewusst gezeichnet, um von dem wachsenden Unmut gegen die Banken- und Konzernmacht abzulenken und die im Aufschwung begriffene antikapitalistische Bewegung entscheidend zu schwächen.

Im Schulunterricht wird uns weis gemacht: „Alle Gewalt geht vom Volke aus.“ In Göteborg ging nicht alle Gewalt vom Volke aus, sondern auf das Volk los. Von Anfang an. Die Bilanz: offiziell 565 Festnahmen, 86 Verletzte und 63 Anklageerhebungen gegen Verhaftete.

Die Polizeigewalt war kein „Betriebsunfall“

Auch wenn der schwedischen Polizei im Verlauf der Ereignisse die Kontrolle entglitt, waren die Polizeischikanen bewusste Handlungen, um die antikapitalistische Bewegung am Aufbau zu hindern. Dieses Vorgehen hat die Funktion, einen Keil in die Bewegung zu treiben. Außerdem soll durch eine konsequente Kriminalisierung der Brückenschlag zur

größeren Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung verhindert werden. Darüber hinaus haben die Herrschenden eine weitere Einschränkung des Demonstrationsrechts, Reisebeschränkungen und staatliche Aufrüstungsmaßnahmen (zum Beispiel Ausbau der EU-Polizei Europa) vor Augen. Den EU-Politikern dienten die Ereignisse als willkommene Ablenkung von den wachsenden Spannungen zwischen den USA und der EU und innerhalb der EU angesichts der beginnenden internationalen Rezession. Die zunehmenden Konflikte ein halbes Jahr vor der Einführung des Euro als Zahlungsmittel und das Ergebnis des irischen Referendums bezeichnete der Spiegel 25/2001 als „tiefste Krise seit ihrer Gründung“.

EU-Demokratie – eine Farce

Die gleiche EU, die den grenzüberschreitenden freien Warenverkehr predigt, schränkt den Personenverkehr ein: Bundesinnenminister Schily hat friedliche DemonstrantInnen mit gewaltbereiten Fußball-Hooligans in einen Topf geworfen und empfindlich Ausreiseverbote im Vorfeld politischer Aktionen. Österreich plant in den Tagen vom Salzbur-

ger Weltwirtschaftsforum verschärfte Grenzkontrollen und Demonstrationsverbote. Bereits im vergangenen Dezember hatte die französische Staatsmacht anlässlich des EU-Gipfels in Nizza ganze Züge mit mehr als tausend Reisenden aufgehalten. Zur Begründung genügte ein Paragraph des Schengener Abkommens.

Dass es mit der vielgepriesenen EU-Demokratie nicht weit her ist, beweist auch die Reaktion auf das irische Referendum. Die 54 Prozent, die gegen die Verträge von Nizza stimmten, wurden von den EU-Regierungschefs einfach ignoriert; Schröder tat dies Entschieden als „irisches Problem“ ab.

Die Lehren von Göteborg

„Ich verurteile mit aller Klarheit und Eindeutigkeit diese Gewaltakte“ erklärte Susan George von ATTAC in ihrer Stellungnahme „Ich war in Göteborg“. Mit den „Gewaltakten“ meinte sie jedoch nicht die Polizeigewalt, sondern die Aktionen von einem Teil der DemonstrantInnen. „Ich befürchte, dass wenn wir diese tyrannischen Typen gewähren lassen, sie diese Bewegung, die die größte Hoffnung seit dreißig Jahren ist, zerstören werden.“

ATTAC spielt in Frankreich und international mittlerweile eine bedeutende Rolle bei den antikapitalistischen Protesten. Allerdings liegt ATTAC – eine Kraft, die keineswegs homogen ist – in Schweden falsch, wenn sie auf „Absprachen und Konsens“, wie es Susan George nennt, setzen und sich mit dem schwedischen Premierminister Persson vor dem EU-Gipfel treffen. Statt Hoffnungen in sozialdemokratische Regierungsvertreter zu verbreiten, und einen Teil der DemonstrantInnen für die Gewalt (mit-)verantwortlich zu machen, ist es nötig herauszustellen, dass die EU-Gegner von Beginn an mit (polizei-)staatlichen Repressalien konfrontiert waren.

Allerdings ist die SAV und das CWI bei allem Verständnis für die Wut des Einzelnen auch der Meinung, dass Einzelaktionen gegen die Polizei oder Pfastersteine gegen Gebäude oder Autos nicht helfen, sondern sogar kontraproduktiv sind. Das Ziel von SAV und CWI ist es nicht, privates Eigentum zu zerstören, sondern privates Eigentum in öffentliches Eigentum zu überführen. Das wird aber nur möglich sein, wenn die Arbeiterklasse dafür gewonnen wird. Man wird bei ArbeiterInnen und Arbeitslosen für diese

keinen Gehör finden, wenn man sie abschreckt. Vielmehr müssen die Proteste gegen die Institutionen des Kapitals konkrete Forderungen gegen Arbeitsplatz- und Sozialabbau aufgreifen.

Ein entscheidender Faktor für den Verlauf in Göteborg war die mangelnde Unterstützung und Mobilisierung seitens der Gewerkschaftsführung. Hätte der EGB und die europäischen Gewerkschaften aktiv teilgenommen, hätten Hunderttausende an den Protesten gegen den EU-Gipfel beteiligt sein können. Wären die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes für Arbeitsniederlegungen gewonnen worden, wäre es nicht möglich gewesen, überhaupt einen Gipfel durchzuführen.

Es ist nicht demokratisch, wenn einzelne DemonstrantInnen der Mehrheit eine gewaltsame Auseinandersetzung mit dem Staatsapparat aufzwingen. Darum schlägt die SAV vor, im Vorfeld geplanter Protestaktionen VertreterInnen aller beteiligten Gruppen und Organisationen zusammen zu bringen. Auf gemeinsamen Versammlungen oder Konferenzen könnte kollektiv über die Taktiken bei den Protesten diskutiert und entschieden werden. Sinnvoll wäre es eine kollektive Demoleiung zu wählen und Ordnernedienste zu organisieren oder darüber eine Übereinkunft zu treffen, dass die verschiedenen Demoblöcke eigene Ordnerdienste aufstellen.

Während der Proteste gegen den Göteborger EU-Gipfel war die schwedische Schwesterpartei der SAV, Rättvispartiet Socialisterna (RS), in besonderem Maße von den Herrschenden unter Beschuss. In einer Fernsehdebatte diffamierte einer der Einsatzleiter die Mitglieder von RS als angebliche „Unterstützer der „Krawalle“. In die gleiche Kerbe schlugen die bürgerlichen Medien in Belgien: Militant Links (CWI in Belgien), die zu den treibenden Kräften der Kampagne gegen den EU-Gipfel Mitte Dezember in Brüssel gehören, war in der Woche nach Göteborg Zielscheibe einer nationalen Medienhetze. Das ist kein Zufall. Der bürgerliche Staat diskriminiert SozialistInnen deshalb, weil er sich mit der Sorge trägt, dass ihre politischen Ideen unter ArbeiterInnen und Jugendlichen vermehrt an Einfluss gewinnen. Unserer Meinung nach sind diese Ängste mehr als berechtigt: Sozialistische Ideen werden die Bewegung entscheidend stärken, weil es nicht reicht zu wissen,

wogegen man ist, sondern eine Alternative benötigt wird. Der Sozialismus stellt eine grundlegende Alternative zu Wahnsinn der Marktwirtschaft dar.

Demonstrationsrecht verteidigen

- Sofortige Freilassung aller noch in Haft befindlichen DemonstrantInnen. Einstellung aller Verfahren und Haftentschädigung
- Wahl einer öffentlich tagenden unabhängigen Untersuchungskommission in Schweden, um das Verhalten der Polizei zu untersuchen
- Öffentliche Aktionen, um die Provokationen und Schikane des Staatsapparates bekannt zu machen. Anträge auf Protestresolutionen in Schulen und Universitäten, in Betrieben und Gewerkschaften
- Kampf für den Ausbau statt dem Abbau von demokratischen Rechten
- Versammlungen aller beteiligten Gruppen und Organisationen zur gemeinsamen Vorbereitung der Proteste in Salzburg, Genua oder Brüssel. Demokratische Diskussion und Entscheidungsfindung über Protestformen
- Mobilisierung in den Stadtteilen, an den Schulen, in den Unis und in den Betrieben und Gewerkschaften für Genua und die nächsten anstehenden antikapitalistischen Demonstrationen. Protestaktionen am Tag vom G7/G8-Gipfel vor Ort

G7/G8-Gipfel in Genua

Mitte Juli soll der Hafen gesperrt, Flughäfen und Autobahnausfahrten geschlossen sowie Hubschrauber, Trägerschiffe und Spezialeinheiten mit Unterwasserkämpfern eingesetzt werden. Gemietet wurde ein Kühlraum von 500 Quadratmetern Größe als mögliche Leichenhalle. 200 Spezialsäcke wurden bestellt, die seit dem Vietnamkrieg „Body Bag“ (Körpersäcke) genannt werden („Praktisch denken, Särge schenken“, FAZ vom 21. Juni). 200 Millionen Mark kostet das Vorhaben – den Steuerzahlern, und damit zum Großteil der arbeitenden Bevölkerung. Zum ersten Mal soll sogar Militär damit beauftragt werden, Demonstrationen zu blockieren.

Wir lassen sie ihre Krise nicht auf uns abwälzen!



Stoppt Sozialabbau und Privatisierung

In allen Städten, Ländern und im Bund wird ein und dieselbe Politik betrieben, ganz gleich welche Partei das Sagen hat. Überall regiert der Rotstift. Überall wird öffentliches Eigentum verschleibt. Überall wird sozialer Kahlschlag betrieben.

Es gibt aber noch mehr Gemeinsamkeiten: Auf allen Ebenen existiert ein obszöner Filz aus Politik und Wirtschaft.

Von Katja Raetz, Berlin

In Berlin gehen beide Entwicklungen besonders weit: Die neue Bundeshauptstadt ist heute die Hauptstadt von Korruption und Sozialabbau.

Jede Woche gibt es neue Enthüllungen über das Ausmaß der Finanzkrise in Berlin. Jahrelang fand hier eine systematische Vetternwirtschaft unter der Großen Koalition statt. Auch wenn die Politiker verschiedenster Parteien öffentlich nach Aufklärung schreien: Die wirklich Verantwortlichen werden nicht bestraft.

Die da oben zocken ab ...

Allen voran Klaus Landowsky (CDU) kann unbeschadet mit seiner Pension von 700.000 Mark im Jahr ein schönes Leben führen, während die 15.000 Beschäftigte der Berliner Bankgesellschaft um ihren Arbeitsplatz fürchten. Unter anderem hat er als Chef der Berliner Hyp Geschäftsführern des Unternehmens AUBIS private und geschäftliche Kredite in Höhe von 5 Millionen Mark erlassen. Zufällig sind diese auch Mitglieder in der CDU. Trotz finanzieller Schiefelage leistet sich die Berliner Bankgesellschaft 19 Villen für ihre Manager. Diese brauchen jedoch nur Mieten zahlen, die die Kosten nicht decken.

Spendenskandal und Haushaltskrise in Berlin sind keine Ausnahmerscheinungen. Der CDU-Spendenskandal im letzten Jahr und unzählige Affären in Ländern und Kommunen haben gezeigt, dass Bestechung, Spekulantentum und persönliche Bereicherung von Politikern ein integraler Bestandteil des politischen Systems der BRD sind.

... und wir kriegen die Rechnung präsentiert

In Berlin überbieten sich alle Parteien mit Vorschlägen, wie und wo auf Kosten der „kleinen Leute“ gekürzt werden sollte. Die Arbeitsplatzvernichtung im

öffentlichen Dienst soll beschleunigt werden. Statt „nur“ 1.500 sollen nun 2.500 Stellen allein in diesem Jahr gestrichen werden. Betriebsbedingte Kündigungen sollen kein Tabu mehr sein. Bei den Bezirken drohen Entlassungen noch vor Jahresende. Zusätzlich ist im Gespräch, dass die Arbeitszeit für Landesbeamte um eine halbe Stunde erhöht werden soll.

Letztendlich werden wir alle die Kürzungen zu spüren bekommen. Zum Beispiel werden zwölf Hallenbäder und sechs Freil- und Sommerbäder geschlossen.

Privatisierungswelle

Auch in Sachen Privatisierung sind sich in Berlin alle großen Parteien einig. Selbst die PDS will dem in nichts nachstehen. Bei der Pressekonferenz zur Bekanntgabe seiner Kandidatur unterstützte Gysi die Plünderung öffentlichen Eigentums; am gleichen Tag forderte er den Verkauf der Bankgesellschaft Berlin. Zuletzt wurde in Berlin das Krankenhaus Buch verschleudert. Jetzt sollen dort 1.200 von 3.000 Arbeitsplätze vernichtet werden.

Bundesweit häufen sich die Verkaufspläne. In Köln wollen CDU und FDP 42.500 Wohnungen privatisieren. Hunderttausend MieterInnen wären davon betroffen.

Die SAV lehnt jede Form von Privatisierung prinzipiell ab. Denn Privatisierungen sind immer Diebstahl an öffentlichem Eigentum. Privatisierungen sind immer zum Nachteil der arbeitenden Bevölkerung, egal ob als Kunden oder als Beschäftigte. Wo privatisiert wird, müssen nicht nur die eigentlichen Kosten bezahlt werden, sondern auch die Gewinne der privaten Unternehmer.

Bundesweiter Kahlschlag

Es ist geradezu absurd, wie bei den Verhandlungen zum Länderfinanzausgleich um jede Mark gestritten wird. Eigentlich müsste es darum gehen, sich das Geld da zu holen, wo es ist, nämlich bei den Spitzenverdienern. Aber im Gegenteil: Es wird diskutiert, den Spitzensteuersatz auf 35 Prozent zu senken.

Schröder, der Kanzler der Bosse, und seine rot-grüne Bundesregierung haben als nächstes vor, die Strommärkte und den Einzelhandel zu „liberalisieren“. Außerdem wollen sie die schlecht bezahlte Teilzeitarbeit ausweiten und die Beamtenpensionen kürzen.

Widerstand

Es ist klar, dass wir das nicht hinnehmen können. In Berlin sagt Diepgen, „eine neue Qualität des Sparens“ sei notwendig. Dem entgegen wir: Eine neue Qualität der Gegenwehr ist notwendig! Der Großen Koalition aller Kürzungs-Politiker müssen wir eine breite Koalition des Widerstands entgegensetzen – nicht nur in Berlin. Es kommt darauf an, Beschäftigte, Studierende oder SchülerInnen zusammenzuführen. Das beste wäre, wenn Aktivistinnen und Betroffene zusammenkommen würden, um schlagkräftigen Widerstand dafür zu organisieren, dass alle Sozialkürzungen rückgängig gemacht werden und ein bedarfsgerechter Haushalt aufgestellt wird, für den Unternehmer, Reiche und Superreiche zur Kasse gebeten werden.

Wenn es zu Wahlen kommt, hat man nur noch die „Wahl“ zwischen Pest, Cholera und Typhus. Im Klartext: ArbeiterInnen, Arbeitslose und sozial Benachteiligte haben heute keine eigene politische Interessenvertretung, die sich eindeutig gegen jeglichen Sozialabbau und jede Form von Privatisierung wendet.

Die etablierten Politiker haben alle einen Auftrag: Den Konzerninteressen zu dienen.

Um Sozialabbau und Privatisierung zu stoppen, ist es nötig, nicht nur den Kürzungs-Politikern, sondern der Konzernherrschaft entgegenzutreten und für eine sozialistische Alternative zu kämpfen.



Demonstration von Krankenhaus-Beschäftigten 1999 in Berlin gegen Kürzungen im Gesundheitswesen

Gegen Korruption und Kapital

Mach mit bei der SAV

Ich möchte ...

- ... weitere Informationen über die SAV
- ... Mitglied der SAV werden

Name, Telefon

Adresse

Ich möchte die VORAN abonnieren:

- zehn Ausgaben zu 25 DM
- ein Förderabo mit einer monatl. Spende von ___ DM bezahlen
- zusätzlich ___ Exemplare zum Weiterverkaufen

Name, Telefon

Adresse